

Christian Hofmann

**SPÖ: Entwicklungspolitik im Kontext innerparteilicher & parlamentarischer Debatten**  
(1990-2003)

Forschungsseminar Archive des Helfens? Die Neuzeit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2015

**Wien 2016**

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Struktur dieser Arbeit	3
1.1 Untersuchungsgegenstand und Forschungsfrage	4
1.2 Persönliche Motivation	5
1.3 Prozess der Quellenauswahl	5
1.4 Die Quellen	7
2. Grundpfeiler Sozialdemokratischer Entwicklungspolitik? Das Sozialdemokratische Grundsatzprogramm von 1998	11
3. Thematisierung von Entwicklungspolitik im Kontext sozialdemokratischer Bundesparteitagen 1990-2003	17
4. Parlamentarische Praxis der SPÖ bezüglich Entwicklungspolitik	19
5. Abschließende Analyse und Conclusio	28
6. Literatur- und Quellenverzeichnis	31
7. Anhang	33
7.1 Interview Inge Jäger	33
7.2 Interview mit Albrecht Konecny	36
7.3 Interview mit Walter Posch	40

## 1. Einleitung und Struktur der Arbeit

---

Im Rahmen des Forschungsseminars „Archive des Helfens - Die Neuzeit der österreichischen Entwicklungspolitik“ habe ich eine dezidiert politische Fragestellung gewählt. In dieser Arbeit betrachte ich den Umgang der österreichischen Sozialdemokratie mit dem Themenkomplex Unterentwicklung und Entwicklungszusammenarbeit.

Die Periode von 1990 bis 2003 ist von massiven Umbrüchen, wie dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks, gekennzeichnet, aber auch geprägt durch neue innenpolitische Konstellationen, wie die große Koalition aus SPÖ und ÖVP, die ÖVP/FPÖ Regierung und die Einbettung Österreichs in den internationalen Rahmen der Europäischen Union. Ein wichtiges Ereignis ist dabei auch der Verlust der politischen Macht der Sozialdemokratie nach jahrzehntelanger Regierungsbeteiligung im Jahr 2000. Im Rahmen meiner Forschungsarbeit möchte ich mich mit der politischen Ausrichtung der österreichischen Sozialdemokratie bezüglich Entwicklung/Unterentwicklung und EZA beschäftigen. Dazu habe ich diverse Quellen aus dem Parteiarchiv der SPÖ gesichtet, Interviews zur Thematik geführt und öffentlich zugängliche Quellen – wie die stenographischen Protokolle des österreichischen Parlaments – verwendet.

Wie im Titel angesprochen habe ich die inneren und äußeren Diskurse der SPÖ zum Gegenstand der Arbeit gemacht. Als „inneren Diskurs“ bzw. „Theorie“ verstehe ich dabei Beiträge zu bzw. während den Parteitag, die zwar als öffentliche Ereignisse bezeichnet werden können, aber einer primär nach „Innen“ ausgerichteten Debatte ein Publikum bzw. einen Austragungsort bieten. Diese internen Diskussionen stellen Prozesse der inhaltlichen Ausrichtung dar und bilden die „debattierende Öffentlichkeit“ innerhalb der Partei ab. Die Grundbedingung für die Teilnahme an der Debatte ist die Delegierung der Teilnehmer am Parteitag durch die Gliederung der Partei. Parteitage sind daher in meinem Verständnis die höchste Form der innerparteilichen Ausrichtung der Partei.

Neben der Dokumentation der Debatten während der Bundesparteitage der österreichischen Sozialdemokratie wertet die Analyse des inneren Diskurses das Parteiprogramm von 1998 aus, mit welchem ich auch die inhaltliche Analyse beginnen möchte. Ein Programm verkörpert den politischen Kompass einer Partei, dementsprechend sollen die Stränge entwicklungspolitischer Debatten im genannten Programm analysiert werden. Im Anschluss an die Analyse des Programms erfolgt eine Auswertung der Resolutionen und Anträge, welche auf den Parteitagen der österreichischen Sozialdemokratie durch die Delegierten abgestimmt wurden.

Die Bundesparteitage sind von einer höheren medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit gekennzeichnet als zum Beispiel regionale Parteitage. Im Verlauf der Recherche wurde klar, dass die Fokussierung auf die Bundesebene der SPÖ auch aus praktischen Überlegungen sinnvoll erscheint. Einerseits durchlaufen Anträge und Resolutionen meist den

Filter von regionalen Konferenzen. So kann beispielsweise eine sozialdemokratische Bezirksorganisation Anträge und Resolutionen auf dem jeweiligen Landesparteitag einbringen. Bei Annahme durch die Landesorganisation wird der Antrag durch diese auf dem Bundesparteitag eingebracht oder „weitergeleitet“. Die Debatten auf den Bundesparteitagen der österreichischen Sozialdemokratie sind somit bereits regional „gefiltert“ und bilden eine überregionale Dynamik ab. Andererseits ist der Zugang zum Parteiarchiv der Bundespartei einfacher, da vielfach im Rechercheprozess nicht geklärt werden konnte, wo die einzelnen Landesorganisationen ihre Unterlagen archivieren und wie eine mögliche Sichtung stattfinden könnte.

Der Parteitag soll einer demokratisch abgestimmten Ausrichtung der Partei dienen, also einen politischen Rahmen setzen, welcher durch politische Aktivität mit Leben befüllt werden muss. Diese Befüllung mit Leben kann als „äußerer Diskurs“ bzw. „praktische Aktivität“ gesehen werden und erfolgt unter anderem in Form von Debattenbeiträgen und Anträgen im Parlament. Da es nicht in das sozial-reformistische Profil der österreichischen Sozialdemokratie passt, zu direkten politischen Aktionen – wie zum Beispiel Demonstrationen (abseits des Ersten Mai) – aufzurufen, interpretiere ich „politische Praxis“ als die parlamentarische Tätigkeit. Anhand von ausgewählten Redebeiträgen von sozialdemokratischen Abgeordneten zu National- und Bundesrat möchte ich auf die verschiedenen Stränge sozialdemokratischer Entwicklungspolitik in der inhaltlichen Debatte und der praktischen Umsetzung eingehen. Wie werden zum Beispiel entwicklungspolitische Maßnahmen bewertet und wie legitimiert? Außerdem gehe ich auf die Sozialdemokratie als Player der Entwicklungshilfe in der Kooperation mit anderen sozialdemokratischen Parteien im ehemaligen Ostblock ein.

## 1.1. Untersuchungsgegenstand und Forschungsfrage

*Im Rahmen dieser Arbeit werden die innerparteilichen Debatten der österreichischen Sozialdemokratie rund um den Themenkomplex „Entwicklung, Unterentwicklung und Entwicklungshilfe“ am Beispiel der Bundesparteitage der SPÖ und des SPÖ Grundsatprogrammes von 1997 beschrieben und analysiert. Diesen innerparteilichen Debatten wird die parlamentarische Praxis der Partei gegenübergestellt. Ziel dieser Arbeit ist es somit, das Spannungsfeld zwischen den Debatten der innerparteilichen Demokratie und deren realpolitische Umsetzung zu beleuchten.*

Als Forschungsfragen ergeben sich daraus:

1. Welche Konzepte sozialdemokratischer Diskurse werden mit „Entwicklung“ („Entwicklung, Unterentwicklung und Entwicklungshilfe“) verbunden?
2. Welche Bedeutung hat „Entwicklung“ in der Aussen- und Innenpolitik der SPÖ und wodurch ist die Wertigkeit begründet?

3. Wie verändert sich der Diskurs über „Entwicklung“ in der Untersuchungsperiode?
4. Welche Differenz von „Theorie“ und „Praxis“ wird sichtbar und wodurch ist diese Differenz begründet?

## 1.2 Persönliche Motivation

Ich bin seit 2008 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. In meiner politischen Tätigkeit, aber auch im privaten Rahmen, habe ich mich immer für internationale Themen interessiert; dabei sind für mich insbesondere das Verhältnis Europas zu seinen ehemaligen Kolonien und der Linksschwenk vieler lateinamerikanischer Staaten nach 1998 von Interesse. In sozialdemokratischen Kreisen erlebe ich diesbezüglich ein realpolitisches Desinteresse vieler Entscheidungsträger an internationalen Thematiken. Erst mit dem Beginn der derzeitigen Fluchtbewegungen aus dem Nahen Osten nach Europa kam und kommt es zu einer Repositionierung der Sozialdemokratie im außenpolitischen Bereich.

In Verbindung mit meinem Studium der Internationalen Entwicklung erscheint es dabei für mich fast „natürlich“, mich mit der Entwicklungsthematik in einem sozialdemokratischen Kontext zu beschäftigen. Weiters ist es für mich verwunderlich, dass politische Parteien als Akteure der EZA meines Wissens noch nicht im zentralen wissenschaftlichen Fokus standen. Parteien und Parlamente, damit auch Parteien und ihre Ideologie, bestimmen dabei maßgeblich, in welcher Form und zu welchen Bedingungen EZA abgewickelt werden kann.

## 1.3 Prozess der Quellenauswahl

Das Arbeiten mit Primärquellen ist ein wichtiges Kriterium dieses Forschungsseminars und damit auch des im Zuge des Kurses verfassten Berichtes. Primärquellen können dabei als direkt dokumentierte Informationen zu einem Thema gesehen werden. Im Gegensatz dazu stehen Sekundärquellen, welche Informationen verarbeitet enthalten und die Analyse und Interpretation der Primärquellen kontextualisieren.

Diese Arbeit wertet drei verschiedene Arten von Quellen aus: Parteitageunterlagen, stenographische Protokolle beider Kammern des österreichischen Parlaments und Interviews mit ehemaligen Politikern der österreichischen Sozialdemokratie zwischen 1990-2003. Die Interviews bieten die Möglichkeit, die abstrakte Ebene der Partei auf die persönliche Meinung einzelner Akteure herunter zu brechen; gleichzeitig dienen sie, in ähnlicher Weise wie Sekundärquellen, als Instrument zur Validierung der Analyse.

Für diese Arbeit wurde im ersten Schritt der öffentlich zugängliche Teil des Parteiarchivs der SPÖ im Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung gesichtet. 60 Dokumente bzgl. Parteitage wurden untersucht. Die Mehrzahl dieser Dokumente stellen dabei Parteitageunterlagen für die Delegierten dar, bzw. Materialien, welche gezielt für die Delegierten produziert wurden, und gedruckte Wortprotokolle der jeweiligen Parteitage. Hier muss zwischen vier verschiedenen Typen von Quellen unterschieden werden:

- 1) Antragshefte
- 2) Schriftliche Berichte an die Delegierten
- 3) sonstige schriftliche Materialien (z.B. abgedruckte Reden von Ministern und Bundeskanzlern)
- 4) Wortprotokolle von Redebeiträgen auf Parteitage

Diese vier Arten von Quellen unterscheiden sich deutlich. Sind Wortprotokolle die Wiedergabe der stattgefundenen Debatten zwischen den Delegierten der Parteitage, so stellen die Berichte der Partei (bzw. Parteiorganisationen) eine bestimmte Form der propagandistischen Selbstdarstellung dar. Entsprechend können die Wortmeldungen von Delegierten kritischer ausfallen als die Berichte. Im Sinne der Quellenauswertung wurden in einem ersten Schritt alle verfügbaren Antragshefte auf die Thematik Entwicklung/Unterentwicklung und Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit hin gesichtet.

In einem weiteren Schritt wurden die protokollierten Wortmeldungen mit den bestehenden Anträgen „vernetzt“ und Verbindungen zwischen politischen Forderungen (Anträge und Resolutionen) und den protokollierten Beiträgen der Parteitage gesucht. Anschließend wurden die Berichte der Partei, Parteiorganisationen bzw. Nebenorganisationen gesichtet und in Bezug auf relevante Themen ausgewertet. Abschließend wurden auch sonstige Materialien (z.B. abgedruckte Reden der Kanzler Vranitzky und Klima) ausgewertet. Nach diesem vierstufigen Vorgehen konnten von den 60 Dokumenten knapp 40 wegen Irrelevanz ausgeschieden werden. Anschließend wurden besonders die Wortprotokolle einer genaueren Prüfung unterzogen. Hierbei mussten alle Wortprotokolle wegen Unvollständigkeit und Irrelevanz ausgeschieden werden.

Die verbliebenen 10 Materialien wurden wiederum einer genaueren Prüfung unterzogen und vier thematische Cluster gebildet. Als Hauptkategorien zur Strukturierung des Entwicklungsdiskurses ergaben sich aus der ersten Auswertung „Internationalismus und internationale Solidarität“, „aktive Neutralitätspolitik“, „internationale Sicherheitspolitik“ und „Fair Trade“. Einzelne Aussagen, Textelemente und Fragmente realisieren dann Elemente des Entwicklungsdiskurses, wenn sie direkt oder indirekt zugehörige Informationen enthalten, also auch dann, wenn bestimmte Wörter (z.B. Entwicklungshilfe, Unterentwicklung, etc.) keine Verwendung finden. Die Cluster thematisieren wie bereits erwähnt einzelne Aspekte, bzw. die entwicklungspolitische

Debatte an sich. Sie bilden Debatten um Entwicklung und Unterentwicklung ab, meist ohne die Thematik wörtlich zu realisieren. Die gefundenen Cluster wurden wiederum gesichtet und auf die Aussagekraft und inhaltliche Tiefe hin geprüft. In diesem Verfahren reduzierte sich die Zahl der Quellen mit Relevanz auf 8. Zwei Quellen wurden ausgeschieden, da sie keine inhaltliche Tiefe besaßen.

Die parlamentarischen Materialien, welche für die vorliegende Arbeit verwendet werden, wurden mittels der Suchmaschine der Homepage des österreichischen Parlamentes gefunden. Suchkriterien waren „Entwicklungshilfe“, „Entwicklungszusammenarbeit“, „Unterentwicklung“ und „Entwicklung“. Die gefundenen Dokumente wurden anschließend stichprobenartig gesichtet. Besondere Schwierigkeit bestand dabei im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, da dieser nicht synchron zu den Wahlzyklen des österreichischen Parlamentes verläuft (Wahlen 1995, 1998). Auch die archivierten Beiträge der einzelnen SPÖ Abgeordneten (besonders der entwicklungspolitischen Sprecher) wurde stichprobenartig gesichtet und auf entsprechende Relevanz geprüft. Insgesamt wurden 8 Dokumente (stenographische Protokolle aus Nationalrat und Bundesrat) in das Korpus der Untersuchung aufgenommen.

Das Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie von 1998 erscheint neben den Parteitageunterlagen und den Redebeiträgen im Parlament als wichtiges Dokument, denn schließlich verkörpert ein Parteiprogramm den ideologischen Wertekompass der dem realpolitischen Handeln der Partei zu Grunde liegen sollte. Das Spannungsfeld zwischen einem ideologischen Bekenntnis der Partei und der tatsächlichen politischen Umsetzung ist durch Widersprüchlichkeit gekennzeichnet, ebenso wie der Unterschied zwischen den innerparteilichen Debatten auf Parteitag und den realpolitischen Versuchen, Anträge und Resolution in der Realität umzusetzen. Die Realpolitik, besonders einer Regierungspartei mit einem konservativen Koalitionspartner, erweist sich dabei immer wieder als innerparteilichen Debatten entgegenlaufend.

## 1.4 Die Quellen

### Parteitageunterlagen

Die SPÖ, sowie ihre verschiedenen Gliederungen (z.B. Junge Generationen, Frauenreferat) und Nebenorganisationen (z.B. Sozialistische Jugend, Naturfreunde) weisen eine starke Berichtstätigkeit gegenüber den Delegierten der Parteitage auf, das heißt, jede einzelne Gliederung der Partei berichtet in schriftlicher Form über die vergangenen Tätigkeiten seit dem letzten Parteitag, um einerseits auf politische Erfolge hinzuweisen, andererseits statutarischen und gesetzlichen Pflichten nachzukommen. Wichtiger Akteur ist dabei das internationale Referat der SPÖ, welches einerseits die internationalen Kontakte der Partei betreut (z.B. Tätigkeiten in der sozialistischen Internationale), andererseits auch internatio-

nale Themen und deren Verbreitung innerhalb der Partei fördern soll. Besonders im Kontext des Zusammenbruchs des ehemaligen Ostblocks lässt sich eine deutliche Themensetzung auf Osteuropa durch das Internationale Referat erkennen. Neben dem Internationalen Referat existiert innerhalb der Partei eine „Lobbygruppe“, welche sich der Entwicklungszusammenarbeit verschrieben hat; sie wurde unter Bruno Kreisky etabliert und besteht bis heute als „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik“<sup>1</sup>. Bedeutendes Element dieser Gruppe stellt die Förderung der innerparteilichen Debatten über Unterentwicklung und Entwicklungspolitik dar. Wichtiges Arbeitsfeld dieser Arbeitsgruppe ist dabei die Koordination zwischen parteinahen NGO Projekten (wie z.B. Westsaharahilfe) und der Partei, aber auch die Funktion als innerparteilicher Ansprechpartner für entwicklungspolitische Fragestellungen.

Auch die sozialdemokratischen Minister berichten auf den Parteitag über ihre entsprechenden Tätigkeiten, so Staatssekretär Peter Jankowitsch 1991 oder Staatssekretärin Ederer 1993. In diesem Sinne appellieren auch die Anträge an die Parteitage, wie jene der SJ 1997, an den Gerechtigkeitssinn der GenossInnen (Antragstitel: „Internationale Solidarität braucht konkrete Taten“). Es gibt dabei nur wenige Anträge, die sich konkret mit der Thematik der Unterentwicklung beschäftigen (z.B. SJ Antrag 1997 als Ausnahme). EZA wird oft in anderen Anträgen als Ergänzung eingebaut. So stellte zum Beispiel 1995 die SJ einen Antrag, in welchem sie das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität einforderte und eine aktive Entwicklungspolitik als logische Alternative zur Sicherheitspolitik der NATO postulierte. Parteitage dienen auch der innerparteilichen Präsentation. Funktionäre können sich durch Wortmeldung an die interessierte „Parteiöffentlichkeit“ wenden und Entscheidungsträger wie der Bundeskanzler oder Minister melden sich in Verteidigung ihrer Politik zu Wort. Zusätzlich ergibt sich, bedingt durch die mediale Öffentlichkeit, ein gewisser Druck auf Entscheidungsträger.

Interessant erscheint dabei, dass alle Anträgen und Resolutionen, welche für diese Arbeit ausgewertet wurden, durch die parteiinterne Antragsprüfungskommission (APK) zu Annahme durch den Parteitag empfohlen wurden. Die APK dient dabei einer Vorbewertung der eingegangenen Anträge und Resolutionen und erarbeitet entsprechende Empfehlungen für die Delegierten. In der APK sind dabei meist alle Teile der Partei sehr hochrangig vertreten. Besonders Bundesparteitage zeichnen sich dabei durch eine besonders „prominente“ Besetzung dieser Kommission aus, so zum Beispiel Minister und Staatssekretäre aber auch Mitglieder des National- und Bundesrates. Die Kommission spielt dabei eine wichtige Rolle, da die meisten Abstimmungen im Sinne der APK (entsprechend ihrer Empfehlung) ausgehen. Eine positive Empfehlung der APK kann als ein maßgeblicher Faktor für eine positive Abstimmung durch die Delegierten gesehen werden.

---

<sup>1</sup> <https://spoe.at/page/arge-entwicklungspolitik>, <http://petrabayr.at/netzwerk/arge-entwicklungspolitik-der-spoe/>. [18.8.2016]



## Parlamentarische Materialien

Im Rahmen der Recherche für diese Arbeit habe ich Teile der parlamentarischen Dokumente (Reden, Enqueten und Veranstaltungsdokumentationen) gesichtet und diese den Unterlagen der Parteitage gegenübergestellt. Wichtig ist dabei, dass es sich bei den entsprechenden parlamentarischen Materialien um im Internet abrufbare Beiträge handelt. Beobachtungsobjekt waren beide Kammern des österreichischen Parlaments. Auffällig ist dabei, dass sich die SPÖ langsam und systematisch von ihrer außenpolitischen Dominanz der Kreisky Jahre verabschiedet hat und sukzessive der ÖVP die internationalen Themen überlässt. Eine Ausnahme hierbei stellte der sich abzeichnende Beitritt zur EU/EG dar. Die sozialdemokratischen Abgeordneten folgten dabei vielfach einem pragmatischen Kurs, der in vielen Punkten an die wirtschaftlichen Bedürfnisse Österreichs angepasst war. Die Begrifflichkeit der internationalen Solidarität, wie sie die SPÖ auf ihren Parteitagen zelebriert, erscheint in der täglichen Praxis eher von geringerer Bedeutung, taucht jedoch immer wieder als inhaltlicher Referenzpunkt auf. Es sollten vielmehr die Ressourcen entsprechend aufgestockt werden, um ein Aufschließen Österreichs an die anderen europäischen Staaten zu beschleunigen. Entsprechendes gilt auch für internationale Organisationen wie die Weltbank oder den IWF<sup>2</sup>.

Die Oppositionszeit (2000-2006) ist in der Thematik der EZA von einer höheren Angriffigkeit der SPÖ gegenüber der ÖVP-FPÖ Regierung gekennzeichnet, so zum Beispiel die Kontroverse um das *Cotonou-Abkommen 2000*. Das Abkommen zwischen den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und der EU wurde dabei aus Sicht der SPÖ als zu wirtschaftsfreundlich kritisiert, die Liberalisierungsbedingungen des Abkommens würden den unterentwickelten Staaten mehr Schaden zufügen (im Sinne steigender Importe durch Handelsliberalisierungen) als ihnen die gesteigerten finanziellen Mitteln der Entwicklungshilfe helfen würden.<sup>3</sup> Dabei wird wie im Kontext von Parteitagen oftmals mit moralischen Werten wie Solidarität oder Humanität argumentiert und dem politischen Gegner das Fehlen solcher Werte unterstellt<sup>4</sup>.

So wird der ÖVP zum Beispiel mangelnde christliche Nächstenliebe vorgeworfen. Teilweise ist die Debatte aber auch von Kritik an lokalen Akteuren wie der Kärntner Landesregierung gekennzeichnet, denen die SPÖ im Bundesrat vorwarf, keinen Beitrag zur österreichischen Entwicklungshilfe zu leisten.<sup>5</sup> Die sozialdemokratische Thematisierung der EZA lässt sich provokant als Randthema bezeichnen, die in ein politisches Feld wie die Außenpolitik eingebettet ist. Letztere hatten die Sozialdemokraten als relevantes Feld den Kon-

---

<sup>2</sup> 646. Sitzung des österreichischen Bundesrates (stenographisches Protokoll), 1998, S.72

<sup>3</sup> 103. Sitzung des österreichischen Nationalrates, XXI Gesetzgebungsperiode (2002), S.111

<sup>4</sup> 64. Sitzung des österreichischen Nationalrates (stenographisches Protokoll), XXI Gesetzgebungsperiode (2001), S.146

<sup>5</sup> 685. Sitzung des österreichischen Bundesrates (stenographisches Protokoll), 2003, S. 98

servativen in Österreich weitgehend überlassen. Die politische Praxis als Gegenüberstellung zu den Beiträgen an den Parteitag erscheint dabei als wesentlich pragmatischer, viel wirtschaftlicher konnotiert und immer vom Aspekt begleitet, dass Österreich in einem bestimmten Feld zur europäischen Spitze aufschließen müsse. EZA wird als Instrument einer institutionellen Selbstvermarktung Österreichs im europäischen wie internationalen Kontext betrachtet.

### Parteiprogramm 1998

Auf dem Bundesparteitag der SPÖ 1998 wurde ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Die Funktion des Grundsatzprogramms dient dabei als moralisch-theoretischer Kompass der täglichen politischen Arbeit. Das Grundsatzprogramm soll eine theoretische Einbettung der Sozialdemokratie garantieren, im Grundsatzprogramm findet sich auch der „theoretische“ Stand der Partei wieder.

Das Programm 1998 zeichnet sich durch eine marktliberale Sprache aus. Es wird sehr viel von Chancen, Möglichkeiten und Perspektiven gesprochen, aber nur wenig über die strukturellen Abhängigkeiten in einer kapitalistischen Gesellschaft. Zwar bekennt sich die SPÖ zu einer klassenlosen Gesellschaft sozialistischer Prägung, sie spricht jedoch gleichzeitig in Bezug auf ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung von Prinzipien wie internationalem Wettbewerb und der staatlichen Regulierung freier Märkte. Die Sozialdemokratie bekennt sich somit zu den Prinzipien des freien Marktes und des Kapitalismus, gleichzeitig aber auch zum Prinzip der staatlichen Regulation. Als wichtiger Bestandteil der sozialdemokratischen Bewegung wird der Grundwert der Solidarität postuliert, welche dabei auch durchaus in einem globalen Rahmen gesehen wird.

### Interviews

In Anschluss an die Auswertung der genannten Quellen führte ich ein Interview mit der Abgeordneten der SPÖ a.D. Inge Jäger, welche von 1996-2002 die Funktion der entwicklungspolitischen Sprecherin der SPÖ innehatte. Die Fragen des Interviews orientierten sich am Ergebnis der Sichtung anderer Quellen. Neben Inge Jäger konnte ich auch den ehemaligen internationalen Sekretär der SPÖ Albrecht Konecny, National- und Bundesrat a.D., für ein Email-Interview gewinnen. Walter Posch, Nationalrat a.D und ehemaliger Menschenrechtssprecher der SPÖ, derzeit Direktor des VIDC (*Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation*), rundet mit einem persönlichen Interview die Datenerhebung unter ehemaligen politischen Akteuren ab.

## 2. Grundpfeiler Sozialdemokratische Entwicklungspolitik? Das Sozialdemokratische Grundsatzprogramm von 1998

---

Im Rahmen einer akteursbezogenen Analyse ist es meist schwierig, den Akteur abzugrenzen, besonders wenn es sich hierbei um eine Organisation handelt (wie eine Partei oder NGO). Wie ich bereits erklärt habe, versuche ich sowohl die inneren Debatten als auch die äußeren Debatten nachzuzeichnen. In diesem Sinne möchte diese Arbeit anhand des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms eine grundlegende Definition von sozialdemokratischer EZA Politik vornehmen. Als Ausdruck der „inneren“ Werthaltung der Partei soll dabei das schriftliche Grundsatzprogramm dienen. Als „Kompass“ der politischen Arbeit ist es besonders geeignet, bestimmte Entwicklungen und Konzepte nachzuvollziehen. Wichtig ist dabei auch, dass ich mich nicht nur auf Passagen beziehe, welche direkt mit dem Themenkomplex „Unterentwicklung/Entwicklungshilfe bzw. Zusammenarbeit“ in Zusammenhang stehen, sondern auch die allgemeinen Dynamiken der Partei wiedergeben möchte. Das Grundsatz- oder Parteiprogramm wird den Delegierten des Parteitages vorgelegt und entsprechend von diesen abgestimmt. Den Delegierten wird dabei die Möglichkeit eingeräumt, entsprechende Änderungen des vorgeschlagenen Textes einzubringen. Der Text kann somit als potentiell umkämpfte ideologische Grundlage der sozialdemokratischen Politik verstanden werden. Im folgenden Beispiel, die Thematik der Entwicklung und Unterentwicklung betreffend, kam es zu keiner Abänderung des vorgelegten Textes.

**„Solidarität im Sinne von Rücksichtnahme auf den Nächsten und Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln ist die Basis für die politische Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Solidarität bedeutet Verantwortung für die Gemeinschaft und damit die Verpflichtung, sich für andere einzusetzen und gesellschaftliche Aufgaben im Interesse unserer Grundwerte zu erfüllen. Sie ist letztlich die Grundlage des sozialen Zusammenhalts und das wirksamste Instrument zur Durchsetzung gerechterer Lebensbedingungen. Internationale Solidarität umfasst alle Völker.“<sup>6</sup>**

Solidarität ist einer der Grundpfeiler der sozialdemokratischen Bewegung, welche historisch aus einem solidarischen Zusammenschluss von Proletarier entstanden ist. Entsprechend zeigen vor allem die internen Debatten der Parteitage einen hohen Grad an Bezugnahme auf den moralischen Wert der internationalen Solidarität. Solidarität wird dabei als eine Form des Zusammenhaltes, aber auch des Ausgleichs gesehen. Im Vergleich von Theorie und Praxis stellt die Solidarität sozusagen den höchsten Wert des sozialdemokratischen „Wertekanons“ dar. Entwicklungspolitik wird in einem sozialdemokratischen Rah-

---

<sup>6</sup> Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, S.6, (eigene Hervorhebung)

men meist als Möglichkeit präsentiert, internationale Solidarität leben zu können. Das Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit ist somit meist gekennzeichnet von einem starken Bezug auf diese Wertehaltung. Entwicklungspolitik muss weiters auch im Rahmen der Neutralität Österreichs gesehen werden. Diese wird trotz forcierter europäischer Integration als praktisch unumstößlicher Bestandteil der österreichischen (bzw. sozialdemokratischen) Politik gesehen. Hierzu die entsprechenden Kapitel im Grundsatzprogramm:

*„Österreich verfügt in **Form der Neutralität, in Kombination mit internationaler kooperativer Solidarität, über ein bewährtes Sicherheitskonzept.** Es gestattet eingegangene Verpflichtungen in vertragstreuer und solidarischer Weise wahrzunehmen. Wir lehnen daher eine automatisierte Verpflichtung zur Teilnahme an militärischen Operationen in einem Bündnis ab. Wir benötigen auch keinen Bündnisbeitritt, um unsere internationale Solidarität unter Beweis zu stellen.“<sup>7</sup>*

In diesem Sinne kann EZA auch als ein Beitrag zur Sicherheit des Landes gesehen werden, im Sinne einer kooperativen Solidarität als Vorbeugung gegen internationale Konflikte. Die Sozialdemokratie bekennt sich somit zu einem bestehenden Sicherheitsaspekt der EZA bereits vor den Anschlägen in New York 2001. In diesem Sinne verbinden sich Vorstellungen von Solidarität und direkter Sicherheitspolitik. Durch die Demokratisierung Europas und der Entwicklung eines entsprechenden mit der Demokratie einhergehenden Rechtsstaates, postuliert das sozialdemokratische Programm eine dauerhafte Stabilisierung Europas und eine aktive Verhinderung von militärischen Konflikten.

*„**Die effektivste Gewaltprävention ist die Entwicklung Europas zu einer Zone demokratischer Rechtsstaaten. Demokratien führen in aller Regel keine Kriege gegen andere Demokratien.** Daher treten wir dafür ein, die europäische Stabilitätszone auszuweiten. In ihr stehen Maßnahmen zur Förderung der Demokratie, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Instrumente des Minderheitenschutzes, friedliche Streitbeilegung sowie Konsultation und Kooperation, Frühwarnung und Vermittlung im Vordergrund, ergänzt durch das Spektrum des militärischen Krisenmanagements.“<sup>8</sup>*

Kennzeichen der sozialdemokratischen Ausrichtung nach 1989, stellt die Abkehr von der direkten Gleichheit dar zu einem Verständnis von Gleichheit als die Gleichheit von Chancen und Möglichkeiten. Der Wettbewerb wird als positives soziales Element in die sozialdemokratische Ideologie aufgenommen, aber in den Kontext der staatlichen Regulation eingebettet. Dies kann provokant als eine zunehmende Neoliberalisierung der Sozialdemokratie bezeichnet werden. Die Märkte als grundlegende Allokationsfunktion von gesellschaftlicher wie internationaler Produktion werden somit endgültig anerkannt. Die Auflösung internationaler Abhängigkeiten besteht in der Aufhebung von Handelserschweris-

---

<sup>7</sup> Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, S.27 (eigene Hervorhebung)

<sup>8</sup> Parteiprogramm der SPÖ 1998, S.26/27 (eigene Hervorhebung)

sen, sämtliche Prozesse des (internationalen) Ausgleichs werden zu regulativen marktba-  
sierten Prozessen:

**„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein [...]“<sup>9</sup>**

Das Parteiprogramm 1998 postuliert den fairen Zugang zum internationalen Markt als zentrales Instrument um die wirtschaftlichen Bedingungen der unterentwickelten Staaten zu verbessern. Dabei wird betont, dass ein fairer internationaler Wettbewerb eines der zentralen Instrumente der Entwicklungspolitik darstellt. Das Parteiprogramm von 1998 kennt dabei aber keinen Verweis auf die Dynamiken des europäischen Kolonialismus. Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einem „gerechteren“ Weltwirtschaftssystem, jedoch wird im Rahmen des Parteiprogrammes keine genauere Definition geliefert, wie dieses neue System aussehen soll.

**„Ein erneuertes Weltwirtschaftssystem muß auch den heute noch armen Nationen gleiche Chancen bieten und ihre Integration in den Welthandel und die Weltwirtschaft insgesamt fördern. Voraussetzung dafür sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allerdings weltweite soziale und ökologische Mindeststandards, insbesondere Vereinigungsrecht, Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen, Verbot der Kinderarbeit und der Gefangenen- und Sklavenarbeit. Eine weitere Voraussetzung auf diesem Weg bleibt eine zwischen allen Gebern abgestimmte Entwicklungspolitik, auch als ein Gebot internationaler Solidarität. Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit darf nicht an den Menschen vorbeigehen und muß auch der Schaffung moderner und demokratischer gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen im Geiste der Verantwortung und Transparenz dienen.“<sup>10</sup>**

Ein Element der sozialdemokratischen EZA Politik ist die qualitative Verbesserung demokratischer Prozesse in „unterentwickelten“ Staaten, die sich oftmals auch im Zustand einer wirtschaftlichen wie politischen Transition befinden. Demokratisierung wird dabei meist als eines der allgemeinen Ziele der EZA gesehen, welche oftmals in den Kontext von Effizienz, Zielerreichung und Transparenz eingebunden ist. Demokratisierung benötigt dabei auch die Stabilisierung von politischen Akteuren, also politischen Parteien und Bewegungen. Als wichtiger Aspekt kann die Hilfe der österreichischen Sozialdemokratie für andere sozialistische/sozialdemokratische Parteien besonders im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Ostblocks als eine bestimmte Form der Entwicklungszusammenarbeit

---

<sup>9</sup> Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, S. 9 (eigene Hervorhebung)

<sup>10</sup> Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, S. 28 (eigene Hervorhebung)

gesehen werden. Entsprechend ist der europäischen Integration ein gesamtes Kapitel gewidmet („Politik jenseits enger Grenzen-Das Projekt Europa“). Die Europäische Union wird dabei als zentrales politisches Feld für die Sozialdemokratie definiert. Die EU soll zu einer Sozialunion weiterentwickelt werden, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Freiheit des gemeinsamen Binnenmarktes gewahrt bleiben. Die Grenzen der EU sind aus Sicht der SPÖ nicht an die Grenzen der Europäischen Union 1998 gebunden, sondern vielmehr soll das Projekt Europäische Union auch die ehemaligen Ostblockstaaten umfassen.

***„Die Erweiterung der Europäischen Union betrachten wir als Erweiterung einer Zone des Friedens und der Stabilität. Sie muß schrittweise und nachsorgfältiger Vorbereitung bzw. nach einer Periode der Annäherung der Sozial- und Umweltstandards erfolgen, um sicherzustellen, daß die Erweiterung auch unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten Vorteile für ganz Europa bringt. Auch nach Vollendung des Prozesses der Erweiterung der Europäischen Union wird Europa keine Festung gegenüber anderen Völkern und Kontinenten sein, sondern dialogbereit und weltoffen.“<sup>11</sup>***

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik kann somit im Anschluss an das Grundsatzprogramm 1998 als eine Politik bezeichnet werden, welche sich am Prinzip der Solidarität orientiert. Diese Solidarität ist dabei als eine Form des sozialen Ausgleichs zu sehen, als eine Form des Zusammenhaltes und der wechselseitigen Unterstützung. Mit einer zunehmend marktwirtschaftlicheren Ausrichtung der Sozialdemokratie wurde Solidarität zunehmend zu einem Faktor, der im Zusammenhang mit fairen Marktbedingungen verbunden ist. Die „faire“ Regulierung des Marktes und nicht die direkte staatliche Intervention stehen im Vordergrund. Als Bestandteil sozialdemokratischer Entwicklungspolitik gelten somit auch faire Wettbewerbsbedingungen, insbesondere im Welthandel. Die Periode nach 1990 wird als eine Zeit der forcierten Globalisierung und Internationalisierung gesehen. Die Entwicklungszusammenarbeit, besonders im Kontext internationaler Krisenherde, wird zu einem Instrument der aktiven Neutralitätspolitik.

Im Rahmen des sozialdemokratischen Parteiprogramms lassen sich somit einige Stränge entwicklungspolitischer Diskussion erkennen, welche aber nicht zentral Entwicklung und Unterentwicklung behandeln, sondern diese Gegenstände in andere Debatten integrieren. Zusammenfassend werden im Folgenden drei dieser Stränge angesprochen

### **Entwicklungspolitik bzw. Entwicklung durch (Markt)Wirtschaft:**

Das Parteiprogramm von 1998 beinhaltet keinen direkten Verweis auf die Thematik von Entwicklung und Unterentwicklung, vielmehr wird die Thematik in verschiedenen Feldern beleuchtet. Als entwicklungspolitische Aussagen finden sich im Text: Das Bekenntnis zu

---

<sup>11</sup> Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, S.27 (eigene Hervorhebung)

einem gerechten Welthandelssystem, die Integration der unterentwickelten Staaten und die Formulierung von Bedingungen für die Leistung von Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe ist an Bedingungen wie Demokratie oder Menschenrechte gebunden und so wird die technische Abwicklung („Österreich finanziert x Brunnen in Uganda“) in einen allgemein politischen Zugang (politische Praxis und politische Moral) eingebettet. Wie ein gerechtes System des Welthandels funktionieren sollte und welche Rolle Österreich im „ungerechten“ Welthandel einnimmt, bleiben im Text des Parteiprogrammes jedoch unbeleuchtet. In diesem Sinne ist es wichtig zu betonen, dass sich die Sozialdemokratie in den 1990er Jahren von ihrem wirtschaftspolitischen Interventionismus (z.B: die verstaatlichte Industrie als direkte staatliche Intervention in die „Märkte“) weg, hin zu einem regulationistischen Kurs (der Staat als Infrastrukturgeber und „Nachtwächter“ über das Marktgeschehen) entwickelte. Entsprechend liegt im wirtschaftspolitischen Bereich, so auch in Thematiken der Entwicklungspolitik, ein starker Fokus auf der Etablierung von Rahmenbedingungen für das Funktionieren von Märkten.

### **Neutralität:**

Die österreichische Sozialdemokratie bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zum Prinzip der Neutralität. Neutralität wird dabei als sicherheitspolitisches Konzept verstanden. Aus der sicherheitspolitischen Dimension wird wiederum das Prinzip der internationalen Solidarität auch als Form einer präventiven Sicherheitspolitik abgeleitet. In einem entwicklungspolitischen Diskurs könnte Entwicklungszusammenarbeit somit als eine präaktive Form der Absicherung gegenüber Gefahren wie Terrorismus, Krieg und Migrationsströmen interpretiert werden. Dieser sicherheitspolitische Ansatz kann als Legitimation von Entwicklungspolitik interpretiert werden.

### **Europa/europäische Integration:**

Das Programm entstand klar im Kontext der Integration Österreichs in die europäische Union. Die österreichische Sozialdemokratie bekennt sich zum Prinzip der europäischen Integration. Die Debatte um die Integration neuer Länder in die EU kann dabei als durchaus entwicklungspolitisch aufgeladen bezeichnet werden. Das sozialdemokratische Programm versteht Europa in diesem Zusammenhang als Zone relativ hoher Entwicklung (im sozialen, ökonomischen wie politischen Sinne), welche Ausstrahlungskraft auf die umliegenden Gebiete besitzt. Es verweist auf die kontinuierliche Erweiterung der Europäischen Union, aber auch auf eine europäische Außenpolitik, welche als partnerschaftlich in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt verstanden wird. Das europäische Projekt wird dabei mit der permanenten Absicherung von Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat gleichgesetzt. In diesem Sinne erscheint auch die Devise vom „Friedensprojekt Europa“ (siehe SPÖ Parteiprogramm 26/27) als Absicherung des Friedens innerhalb der Euro-

päischen Union. Im sozialdemokratischen Sinne wird dabei die EU als Projekt verstanden, welches zur Angleichung der Lebensrealitäten (soziale Rechte, Löhne, Sozialleistungen, etc.) in der europäischen Union beitragen soll. Entsprechend versteht die SPÖ die europäische Integration auch als Moment der Modernisierung Österreichs. Aus der europäischen Integration werden politische Ziele abgeleitet; gleichzeitig dient diese Integration zur Legitimation von politischen Handlungen.



### 3. Thematisierung von Entwicklungspolitik im Kontext sozialdemokratischer Bundesparteitage 1990-2003

---

Zentrale Betrachtungsobjekte dieses Teils der Untersuchung stellen Anträge und Resolutionen dar. Diese sollen der politischen Ausrichtung der Partei dienen. Betont werden muss, dass bei den gesichteten Materialien die Thematik der Entwicklungspolitik kaum vorhanden ist und nur selten dezidiert angesprochen wird. Jedoch lassen sich Elemente erkennen, welche einem erweiterten Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik entsprechen.

Unter den gesichteten Parteitageunterlagen konnte ich für den Untersuchungszeitraum 12 Anträge mit Bezug auf Entwicklung/Unterentwicklung und EZA finden<sup>12</sup>. Grob gesprochen enthalten alle 12 Anträge inhaltliche Referenzen zum Themenkomplex der internationalen Solidarität<sup>13</sup>. Das Thema EZA wird dabei meist auch mit der österreichischen Neutralität verknüpft. Exemplarisch für einen Antrag, welcher die Dynamiken bezüglich EZA beschreibt, ist der Antrag „Neutralität sichern“ der Sozialistischen Jugend 1997: Die Partei wird darin aufgefordert, sich zum immerwährenden Prinzip der österreichischen Neutralität zu bekennen, und als Teil einer aktiven Neutralitätspolitik sollen die Geldmitteln für Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden.

<b>Anträge und Resolutionen<sup>14</sup></b>	<b>Inhaltliche Thematisierung des Thema Entwicklungszusammenarbeit</b>
5	EZA als Ergänzung und Verstärkung der österreichischen Außenpolitik/ „Österreichs Stimme in der Welt mehr Gewicht verleihen/Ergänzung zur Neutralitätspolitik Österreich
2	EZA als eigene Thematik

---

<sup>12</sup> Leider waren die Antragsmappen nur unvollständig vorhanden.

<sup>13</sup> Betont werden muss hierbei wiederum, es handelt sich um die unvollständigen Sprachprotokolle, welche außerdem nicht für alle Parteitage ausgehändigt wurden.

<sup>14</sup> Antragsmappen der SPÖ für Bundesparteitage 1991,1993,1997

5	EZA und die anstehende „Internationalisierung“ Österreich (EU-Beitritt/WTO) bzw. EZA und Gerechtigkeit im internationalen Handel)
---	---

1997 forderte die SJ ebenfalls die Sicherstellung des EZA Budgets und eine mittelfristige Erhöhung der entsprechenden Mittel um Österreich mehr Gewicht in der Welt zu verschaffen. Von Seiten der Funktionsträger der Partei gibt es besonders in Bezug auf die Thematik der Entwicklungszusammenarbeit keine nennenswerten Wortmeldungen. Der bevorstehenden EU Beitritt wird überschwänglich vorgebracht, die Neutralitätsdebatte dabei aber nicht offen geführt. De facto meldete sich kein Vertreter der Parteiführung in den gesichteten Wortprotokollen positiv bezugnehmend auf einen möglichen Nato Beitritt zu Wort. Viel mehr kann von einer pragmatischen „Neuinterpretation“ der Neutralität gesprochen werden, so zum Beispiel Bundeskanzler Vranitzky am Parteitag 1991:

*„Im übrigen reden manche von der Neudefinition und meinen die Abschaffung, Ich ziehe diese ebenso wenig ins Kalkül wie eine „Alles oder Nichts“ Position, sondern meine, daß im schrittweisen Aufbau einer neuen europäischen Ordnung der Neutralen, der Paktgebundene um sich im Konzert den anderen bewegen wird können.“<sup>15</sup>*

---

<sup>15</sup> Bundeskanzler Franz Vranitzky, Referat am Parteitag 1991 (Abschrift)

## 4. Parlamentarische Praxis der SPÖ bezüglich Entwicklungspolitik

---

Im vorherigen Abschnitt meiner Arbeit habe ich mich mit der theoretischen Debatte innerhalb der Partei beschäftigt. Für den Diskurs zur „Praxis“ (im Sinne der Einleitung) wurde eine Auswahl von Informationen ausgewertet, welche über die Homepage des österreichischen Parlaments aus dessen Archiv abgerufen werden können. Ergänzt wird dies durch Berichte der Staatssekretäre Ederer und Jankowitsch an die jeweiligen Parteitage. Beide Berichte an die entsprechenden Parteitage sind dabei durch ihre realpolitische Verantwortung für die Thematik der Entwicklungspolitik von hoher Relevanz und vollständig verfügbar.

Die untersuchten Texte befassen sich mit unterschiedlichen parlamentarischen Aktivitäten wie beispielsweise die Bewilligung von Budgetmitteln, parlamentarische Anfragen an Ministerien und öffentliche Akteure, oder die Regulierung der EZA Tätigkeiten durch Gesetze. Dem gegenüber kann Realpolitik auch als die Tätigkeit der sozialdemokratisch geführten Ministerien gesehen werden. Die sozialdemokratische Politik der Zeit zwischen 1990-2003 ist dabei auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ausgerichtet.

Das politische Klima in Österreich hatte sich in Folge der Koalition zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten massiv verändert. Zugleich wurde Österreich in diesem Zeitraum durch die Krise der verstaatlichten Industrie erschüttert<sup>16</sup>. Die Regierung reagierte auf diese Krise in Form eines massiven Sparpakets, um – auch in Vorbereitung des EU-Beitritts – die Verschuldung des öffentlichen Haushaltes zu senken.

Angesichts der raschen Transformation der ehemals kommunistischen Staaten sah sich die Sozialdemokratische Partei vor einer besonderen Herausforderung. Gemäß dem Anspruch „internationalistisch“ orientiert zu sein, versuchte die Partei beim Aufbau demokratischer Strukturen in den Transformationen helfend beizustehen. Im Zuge des Übergangs zur parlamentarischen Demokratie versuchte die österreichische Sozialdemokratie, ihren neuen Schwesterparteien in Osteuropa organisatorische, inhaltliche wie logistische Unterstützung zu gewähren. 1990 wurde dementsprechend eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPÖ gegründet, welche sich speziell der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten widmen sollte. Einen wichtigen Bestandteil dieser Arbeitsgruppe stellte dabei der Bundeskanzler Vranitzky als Mitarbeiter des Dr. Karl Renner-Instituts dar. Die Sozialdemokratie versuchte hierbei an die multiethnische Geschichte der Sozialdemokratie vor dem Ende des ersten Weltkrieges anzuschließen und fokussierte auf Staaten der ehemaligen K.u.K. Monarchie. Die tschechische Sozialdemokratie erwies sich dabei als besonders wichtiger Kooperationspartner<sup>17</sup>. Betont werden muss auch, dass maßgebliche Organisationen wie

---

<sup>16</sup> Schmid, Egmont (2010): Die Konflikte innerhalb der großen Koalition 1986-2000 abgerufen unter: [http://othes.univie.ac.at/10125/1/2010-05-24\\_9604115.pdf](http://othes.univie.ac.at/10125/1/2010-05-24_9604115.pdf)

<sup>17</sup> Bericht zum Bundesparteitag der SPÖ 1991, S.70-95

die Union der sozialistischen Jugendorganisationen (IUSY - *International Union of Socialist Youth*) ihren Sitz in Wien haben und durch die SPÖ unterstützt werden.<sup>18</sup> Hierzu Albrecht Konecny auszugsweise:

*„Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hat die SPÖ die Etablierung sozialdemokratischer Parteien forciert. Das gelang in der Tschechoslowakei recht gut, auch wenn die historisch gut etablierte CSSD erst nach der Übernahme des Vorsitzes durch Milos Zeman stärkste Partei wurde. Die SPÖ hat dazu einen 1-Millionen-Schilling-Kredit der Bank Austria beigesteuert, der erst viele Jahre später von der CSSD zurückgezahlt wurde. Außerdem gab es zahlreiche Städtepartnerschaften: Ich habe selbst S 20.000 von der SPÖ-St.Pölten nach Brünn gebracht (was natürlich illegale war). Schwieriger war dies in der Slowakei, wo schon in der ersten Republik die CSSD nur eine Randerscheinung war. Mit Dubcek an der Spitze hätte diese Partei vielleicht eine Chance gehabt, sein Tod (oder: seine Ermordung) hat das obsolet gemacht. Auch die slowakische KP orientierte sich sehr bald an der Sozialdemokratie, wurde aber durch ständig neue Vorsitzende und mehrere Spaltungen immer unbedeutender. Der aus der KP kommende Robert Fico brachte mit seiner neuen Smer-Partei eine neue Kraft zustande, die letztlich auch die kleinen Reste der anderen Linksparteien „inhalitierte“.*

*In Slowenien war zwar eine Sozialdemokratische Partei gegründet worden, diese driftete aber schrittweise nach rechts ab. Die slowenische KP orientierte sich sehr rasch und überzeugend an der Sozialdemokratie; die Kontakte zur SPÖ wurden sehr intensiv. Der damalige Parteivorsitzende (und heutige Staatspräsident) Porut Pahor hatte seinen ersten internationalen Auftritt bei einer Tagung der SPÖ-Bundesräte. Ähnlich verlief die Entwicklung in Kroatien, wo die KP bruchlos zur Sozialdemokratie überging. Dabei spielte die SPÖ eine gewisse Rolle, aus der eine sich eine intensive Zusammenarbeit ergab.“<sup>19</sup>*

Die Arbeit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion trägt dazu bei, die juristischen Bedingungen und die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu bestimmen. Des Weiteren war die Partei bis 2000 fast in allen Regierungen der Zweiten Republik vertreten. Neben dem parlamentarischen Umgang mit der Thematik der Entwicklungspolitik, betreibt die Partei eine Form der „demokratischen“ Entwicklungszusammenarbeit. Im Sinne des „Internationalismus“ versucht sie, wie oben beschrieben, sozialdemokratischen Parteien in anderen Staaten durch finanzielle Mittel aber auch Knowhow zu unterstützen. Österreichische Vertreter bei internationalen Organisationen, im europäischen Rat, aber auch bei diversen internationalen Treffen bekräftigten regelmäßig das Ziel von 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit. So unterstützte Österreich 1975 die UN Resolution 3362, welche wieder einmal das Ziel der 0,7% fest schrieb.<sup>20</sup> Jedoch muss betont werden,

---

<sup>18</sup> <http://www.iusy.org/ourhistory/>

<sup>19</sup> Interview mit Albrecht Konecny im Anhang dieser Arbeit

<sup>20</sup> UN-Resolution 3362, abgerufen unter <http://www.un-documents.net/s7r3362.htm>

dass Österreich dies bis heute nicht erreicht hat. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der österreichischen EZA, gemessen am nationalen BIP im Verlauf zwischen 1990 und 2000.

Tabelle: ODA Ausgaben Österreichs in % des BIP 1990-2002

Jahr	ODA in % des BIP
1990	0,11
1991	0,18
1992	0,11
1993	0,11
1994	0,17
1995	0,27
1996	0,23
1997	0,24
1998	0,22
1999	0,24
2000	0,33
2001	0,34
2002	0,26
2003	0,20

Quelle: Tobias Orischnig(2008): Die zwanzig Stigmata der österreichischen Entwicklungspolitik in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2, Jahrgang 34 , Seite 260<sup>21</sup>

Den höchsten Wert der offiziellen EZA im Vergleich zum BIP erreichte Österreich im Jahr 2001 unter der konservativ-freiheitlichen Regierung (0,34%). Sozialdemokratisch geführte Regierungen, selbst jene mit absoluter Mehrheit, schafften es nicht, entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um das 0,7% Ziel zu erreichen. Im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit kann in den 1990er Jahren von einer stärkeren Fokussierung auf der Integration der unterentwickelten Staaten in den Welthandel gesprochen werden<sup>22</sup>. Im Zuge der Debatte um den WTO Beitritt Österreichs meldet sich der SPÖ-Parlamentarier Heindl exemplarisch zu Wort:

*„Hören Sie sich die Meinung dieses Mannes an [Anmerkung: Heindl spricht hierbei von einem nicht namentlich im Protokoll aufgeführten indischen Experten], er hat in der Welt einen Namen, er wird gehört! Von Ihnen vielleicht nicht gerne, weil er nicht Ihre Position vertritt, aber hören Sie sich wenigstens an, was er sagt! - Ich habe Ihnen ja auch zugehört. **Er ist der Meinung, daß der Abschluß der Uruguay- Runde für die Ent-***

<sup>21</sup> Tobias Orischnig(2008): Die zwanzig Stigmata der österreichischen Entwicklungspolitik in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2, Jahrgang 34 , Seite 260

<sup>22</sup> 49. Sitzung des NR, Wahlperiode XVIII,S.97-101/ Stenographisches Protokoll

**wicklungsländer sehr profitabel sein wird.** Viele der Länder verfolgen daher - Entwicklungsländer, sagt er - die Liberalisierung mittlerweile konsequenter als die Industrieländer. Für sie seien Unsicherheiten im Welthandel ausgeräumt, klare Handelsregeln geschaffen und der Marktzugang verbessert worden. Genau das ist auch meine Auffassung.“<sup>23</sup>

Im weiteren Verlauf der Debatte bezieht sich Heindl wiederum auf die Entwicklungshilfe: „Damit stimme ich voll überein. **Der moderne Weg der Entwicklungshilfe muß meiner Auffassung nach wegführen vom reinen Spenden, weg vom Almosengeben,** hin zur Wirtschaftshilfe durch Entwicklung einer zeitgemäßen Infrastruktur, hygienischer und sozialer Einrichtungen .Bei Entwicklungshilfe muss in Zukunft vielmehr in marktwirtschaftlichen und - ich betone es - gewinnorientierten Maßstäben gedacht werden... **Wenn die Privatwirtschaft des Geberlandes verstärkt in die Entwicklungshilfe eingebunden wird, indem sie eingeladen wird, vernetzte Projekte zu entwickeln, wird ein mächtiges Leistungspotential aktiviert,** das letztlich das Nehmer- und Geberländern zugute kommen wird.“<sup>24</sup>

Der Beitrag von Heindl aus 1994 ist beispielhaft für den Wandel sozialdemokratischer Vorstellungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Markt und Staat und verdeutlicht eine entsprechende Marktorientierung im Bereich der Entwicklungspolitik. Einerseits wird EZA als ein reines Almosengeben der reichen Industriestaaten abgelehnt, andererseits erfährt die Einbindung der Privatwirtschaft eine positive Darstellung und es gibt ein klares Bekenntnis zum Freihandel. Freihandel wird als eine Möglichkeit gesehen, zum beidseitigen Gewinn zu operieren. In derselben Wortmeldung spricht Heindl auch sehr positiv vom Übergang der ehemaligen kommunistischen Staaten zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Somit scheint es die Aufgabe der Sozialdemokratie zu sein, als eine rein regulative Kraft aufzutreten, als Kraft welche einen fairen Wettbewerb schafft und ermöglicht. Der Staat regelt die juristischen Bedingungen des Wettbewerbs, errichtet und betreibt Teile der Infrastruktur und mildert durch Sozialleistungen negative Auswirkungen des kapitalistischen Wettbewerbs.

In den 1990er Jahren war nach der Meinung, kritischen Stimmen wie Gerald Hödl, die prinzipielle Ausrichtung der österreichischen EZA immer mehr in Richtung der Exportförderungen verschoben worden. Besonders Außenminister Mock (1987-1995) zeichnete sich so Hödl dadurch aus, Entwicklungshilfe als Standortvorteil für die österreichische Wirtschaft zu verkaufen. Das langfristige Ziel der Marktsicherung und des Rohstoffzugangs wurden zum einem prominenten Ziel der österreichischen EZA.<sup>25</sup> Einige Abgeordnete der

---

<sup>23</sup> 171.Sitzung des NR, Wahlperiode XVIII, S.248-249 /Stenographisches Protokoll

<sup>24</sup> 171.Sitzung des NR, Wahlperiode XVIII, S.248-249 /Stenographisches Protokoll

<sup>25</sup> Gerald Hödl (2004): Österreich und die dritte Welt. Außen und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien: ProMedia Verlag, S. 214/215

SPÖ, der Grünen aber auch der FPÖ bezeichneten diese politische Ausrichtung als „reinen Zynismus“ oder „verhängnisvoll“, „heuchlerisch“.<sup>26</sup>

1991 hatte Jankowitsch als Staatssekretär im Außenministerium eine neue Arbeitsteilung zwischen den privaten Entwicklungshilfeorganisationen und dem staatlichen Sektor forciert. Der „schlanke“ Staat sollte sich dabei aus dem Bereich der EZA zurückziehen und eine koordinierende Funktion zwischen privaten Organisationen übernehmen. Ergebnis entsprechender Koordinierung stellte die Idee einer staatsnahen Agentur dar und die Überarbeitung entsprechender gesetzlicher Grundlagen. Jedoch verhinderte der EU Beitritt die dahingehenden Bemühungen.<sup>27</sup> Eine weitere Konferenz zur Vereinheitlichung der österreichischen EZA fand 1992 unter Staatssekretärin Ederer statt<sup>28</sup>. Diese Konferenz stellt dabei nach entsprechender Recherche ein bis dahin einmaliges Zusammentreffen zwischen maßgeblichen staatlichen Akteuren (Landes und Bundesebene, alle involvierten Ministerien) dar. Der Versuch der Erarbeitung eines einheitlichen EZA Gesetzes und einer EZA Agentur scheiterte jedoch an den widersprüchlichen Vorstellungen der einzelnen öffentlichen Stakeholder.<sup>29</sup> Im Zuge der Debatte um den Beitritt Österreichs zur EU war auch nicht klar, ob Österreich wegen des Beitrags zur EZA der Europäischen Union seine bilateralen Leistungen kürzen würde.<sup>30</sup>

Einen wichtigen Faktor der internationalen Entwicklungsdebatten stellen dabei Diskussionen über die Entschuldung der „Entwicklungsländer“ dar. Nach 1995 bekannte sich die Regierung zum Prinzip der dauerhaften Entschuldung der Entwicklungsstaaten. Entsprechend begrüßte Österreich internationale Bemühungen in diesem Zusammenhang.<sup>31</sup> In einer Wortmeldung des Wiener SPÖ-Abgeordneten Hoscher lässt sich erkennen, welche Aspekte der Entwicklungspolitik klar in den Kontext einer präventiven Sicherheitspolitik aber auch in die Nähe wirtschaftspolitischen Überlegungen rücken.

*„Man darf aber gerade in der Zeit der Globalisierung nicht außer Acht lassen, dass extreme **entwicklungspolitische Ungleichgewichte nach wie vor einiges an Sprengkraft mit sich bringen, auch wenn versucht wird, größere Wanderungsbewegungen durch die Schaffung von politischen Unionen, auch von Handelsunionen hintanzuhalten.** Das ist im Übrigen eine Vorgangsweise, die letztlich nicht nur negative Seiten für die Entwicklungsländer hat, wie es oftmals dargestellt wird, da letztlich die Hilfe zur Selbsthilfe im eigenen Land der organischere Weg ist, der*

---

<sup>26</sup> Ebd.214/215

<sup>27</sup> Gerald Hödl (2004): Österreich und die dritte Welt- Außen und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien; ProMedia Verlag, S.224-225

<sup>28</sup> Bericht der SPÖ an den Bundesparteitag 1993,S.5-7

<sup>29</sup> Bericht der SPÖ zum Bundesparteitag 1993, S.5-7

<sup>30</sup> Gerald Hödl (2004): Österreich und die dritte Welt- Außen und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien: ProMedia Verlag, S.230-231

<sup>31</sup> Parlamentskorrespondenz 172/1998

beschritten werden sollte.... Wenn nun mit dieser Initiative den ärmsten der armen **Entwicklungsländer Schulden erlassen werden – im Einzelfall kann das bis über 90 Prozent hinausgehen –**, so ist das, so glaube ich, **in Zeiten der Globalisierung "nicht nur" – unter Anführungszeichen – ein Akt der Solidarität, sondern auch ein Vorgehen, das langfristig – sicherlich nur langfristig, aber doch – sowohl den Geber- als auch den Nehmerländern Vorteile bringen kann.** Die Gesamtkosten des Projektes mit rund 28 Milliarden US-Dollar sind nicht wirklich eine Größe, die die reichsten Länder dieser Erde an den Rand der existenziellen Bedrohung bringen.“<sup>32</sup>

In eine ähnliche Kerbe stößt die Bundesrätin Trunk:

„Ich denke und teile Ihre Auffassung, Frau Außenministerin [Ferero-Waldner], dass es verschiedene Ebenen der Bekämpfung des Terrorismus gibt. Ich würde nur in dem Sinn, eine Vision zu haben, die Reihenfolge umkehren und nicht sagen, die erste Ebene sei die militärische und die zweite jene der Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie. **Vielmehr würde ich mir für die Zukunft wünschen – ich denke, das ist legitim –, dass zuerst Entwicklungszusammenarbeit, zuerst ökonomische Schritte zum Ausgleich von Reich und Arm auf dieser Welt vollzogen werden und es darüber politische Akkordanz gibt, damit wir uns die militärische Ebene sparen können.**“<sup>33</sup>

Innerhalb des Beobachtungszeitraums, gelang es keiner sozialdemokratisch geführten Regierung, ein neues EZA Gesetz auf den Weg zu bringen, obschon es unter sozialdemokratischer Anleitung einige Veränderungen gab (Stichwort Professionalisierung und Transparenz). Nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung und in der neuen Oppositionsrolle versuchte die österreichische Sozialdemokratie 2003 vielmehr gegen das neue Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit Widerstand zu leisten. Ein wichtiges Argument gegen das Gesetz der schwarz-blauen Regierung bildete aus Sicht der SPÖ die mangelnde Beteiligung entwicklungspolitischer Player<sup>34</sup> wie NGOs. Ein weiteres wichtiges Argument für die Ablehnung stellte die aus Sicht der Sozialdemokraten mangelnde Transparenz der zu gründenden Entwicklungsagentur dar, insbesondere in Hinblick auf die Vergabe von EZA Mitteln. Die SPÖ sprach sich auch gegen eine „Entpolitisierung“ der EZA durch eine Agentur, wie sie das EZA Gesetz konstruierte, aus. Die Partei sprach sich dabei ausdrücklich nicht gegen die Schaffung einer einheitlichen Entwicklungshilfeagentur aus, sondern kritisierte,

---

<sup>32</sup> 699.Sitzung des österreichischen Bundesrates,S.78/Stenographisches Protokoll(2000)

<sup>33</sup> 685.Sitzung des österreichischen Bundesrates,S.98-104/Stenographisches Protokoll(2003) (eigene Hervorhebung)

<sup>34</sup> 28.Sitzung des österreichischen Nationalrates, XXII Gesetzgebungsperiode, S.199



dass diese nicht der direkten parlamentarischen Kontrolle unterlag<sup>35</sup>. Hierzu die Abgeordnete Jäger im Interview:

*„Im Bereich EZA kann ich mich an keine besonderen Vorkommnisse anlässlich der Schwarz – Blauen Regierung erinnern. Wir (SPÖ und Grüne) haben allerdings dem neuen EZA Gesetz, das im Februar 2002 beschlossen wurde, nicht zugestimmt. Argumente waren, dass mit der Einführung der ADA ein großer finanzieller Aufwand, sowie mehr Bürokratisierung auf die NGOs zukommt und finanzielle Mittel den NGOs abhandkommen (was letztlich auch geschehen ist). Außerdem ging man damals davon aus, dass die EZA Mittel durch EU Gesetze auch national wesentlich erhöht werden, auch das ist nicht eingetreten.“<sup>36</sup>*

Innerhalb der sozialdemokratischen Argumentation im österreichischen Parlament kann man folgende argumentative „Stränge“ erkennen: Zum einen die Förderung der heimischen Wirtschaft durch EZA (Erschließung von Exportmärkten, Gegengeschäfte für EZA, etc.), zum anderen die Notwendigkeit einer EZA aufgrund der außenpolitischen Bedürfnissen eines kleinen, neutralen Staates (EZA als erweiterte Sicherheits- und Außenpolitik im Kontext der Neutralität). Den dritten Strang stellt ein – grob gesprochene – „herrschaftskritischer“ Diskurs dar. Die Abgeordnete Jäger stellt in ihrem Interview die Erfolge internationaler Konferenzen für die Schaffung von mehr Gleichberechtigung dem neoliberalen *turn* zu mehr Macht der Industriestaaten gegenüber:

*„Die Wiener Menschenrechtskonferenz 1995 betonte die die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, der Weltsozialgipfel im selben Jahr in Kopenhagen unterstrich die sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Die Weltfrauenkonferenz in Peking im selben Jahr die Gleichstellung von Mann und Frau als Menschenrecht und der Welternährungsgipfel 1996 unterstrich das Recht aller Menschen auf Nahrung und ein Leben frei von Hunger. Alle wesentlichen inhaltlichen Anliegen zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Süden wurden bei diesen Konferenzen formuliert. Sie waren Grundlagen unserer sozialdemokratischen Forderungen im Bereich Entwicklungspolitik. Durchgesetzt haben sich allerdings die Interessen der Industrieländer und die 1990er Jahre sind geprägt von neoliberalen Entwicklungsansätzen wie sie von Weltbank und Weltwährungsfond propagiert wurden.*

*Synonym für diesen Trend stand der Washington Consensus, wirtschaftliche Stabilität und Wachstum, die Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung. Es war auch schon zu Beginn der 90er Jahre das Thema Migration aus Afrika und die damit verbundene Herausforderung für Europa ein großes Thema. Vor allem die SPÖ Abgeordnete Waltraud Schütz und dann später auch ich haben auf diese Problematik hingewiesen.*

---

<sup>35</sup> Siehe Interview mit Inge Jäger im Anhang dieser Arbeit

<sup>36</sup> Interview im Anhang dieser Arbeit.

*(Jugend in Afrika ohne wirtschaftliche Perspektive wird sich auf den Weg nach Europa machen).“<sup>37</sup>*

Inge Jäger kritisiert im Namen der Sozialdemokratie die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und fordert entsprechende Leistungen der entwickelten Staaten, um die Ungerechtigkeit aus der (neo)kolonialen Ausbeutung auszugleichen, bzw. zu beseitigen. 2002 sagte sie in einer Wortmeldung im Parlament:

*„Seit den neunziger Jahren kann man von einer Globalisierung der Weltwirtschaft sprechen, es fehlen jedoch politische Regeln. Das führt zu einer zunehmenden Anzahl von Krisensituationen und zu einer Zunahme von Hunger. Täglich können wir im Fernsehen die Auswirkungen dieser Tragödien sehen: Bürgerkriege und hungernde Kinder. **Ein ganzer Kontinent– Afrika– ist vom Welthandel ausgeschlossen, und der Kampf gegen HIV beziehungsweise Aids wird dort zu einem riesigen Problem.**“<sup>38</sup>*

In derselben Rede spricht die Abgeordnete wiederum das Bekenntnis der Industrieländer zum Schuldenerlass gegenüber den unterentwickelten Staaten an:

*„Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen: **Das sind keine Geschenke! Das ist nichts, was man großzügig hergibt. Das ist nur ein kleiner Teil an Wiedergutmachung. Zehnmal so viel fließt an Ressourcenabfluss, an Schuldendienst, einfach an täglichen Geldern aus den Ländern des Südens in die Industrieländer.**“<sup>39</sup>*

In den zitierten Redebeiträgen im österreichischen Parlament lassen sich wiederum unterschiedliche Stränge sozialdemokratischer Argumentation und Debatte erkennen. Einerseits wird die Integration der „unterentwickelten“ Länder in den Welthandel begrüßt und als Instrument der Entwicklungspolitik definiert, ergänzt durch die Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit mit marktwirtschaftlichen Akteuren in den Empfängerländer von Entwicklungshilfe. Andererseits lässt sich auch der argumentative Strang der Entwicklungspolitik als Ergänzung der österreichischen Außenpolitik (bzw. Neutralitätspolitik) bzw. als „präventive“ Sicherheitspolitik erkennen. Auch spielt in der sozialdemokratischen Argumentation das Prinzip von Gerechtigkeit und Solidarität, auch auf internationaler Ebene, eine wichtige Rolle.

Die beschriebenen Stränge der sozialdemokratischen Argumentation sind allerdings wenig konkretisiert und weisen vielfach Widersprüche zueinander auf. Die realpolitische Abwicklung der Entwicklungspolitik unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen der 1990er lässt sich als „mager“ beschreiben. Österreich schaffte es im Zeitraum zwischen 1990-2003 kein einziges Mal den Zielwert von 0,7% des BIP zu erreichen, vielmehr wurde

---

<sup>37</sup> Interview im Anhang dieser Arbeit

<sup>38</sup> 95.Sitzung des österreichischen Nationalrates, XXI Gesetzgebungsperiode, S.96-97

<sup>39</sup> 95.Sitzung des österreichischen Nationalrates, XXI Gesetzgebungsperiode, S.97

nicht einmal die Hälfte des fixierten Zieles erreicht. Die Debatte um die Erhöhung der budgetären Mittel für die EZA war auch eingebunden in die generelle Debatte um einen „schlanken und einsparenden“ Staat, welcher versucht die staatlichen Ausgaben (Stichwort Sparpakete der 1990er Jahre) generell zu senken. Versuche, die österreichische Entwicklungspolitik zu vereinheitlichen, scheiterten, ebenso wie das Bestreben, die österreichische Entwicklungspolitik auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen. Erst die schwarz-blaue Regierung legte 2003 ein neues Gesetz die Entwicklungshilfe betreffend vor, welches die SPÖ mit den Argumenten einer mangelnden Transparenz und der fehlenden parlamentarischen Kontrolle ablehnte.

Auch scheint die Regierungsübernahme durch FPÖ und ÖVP keine großen Auswirkungen auf die EZA Politik Österreichs gehabt zu haben. Hierzu Inge Jäger:

*„Im Bereich EZA kann ich mich an keine besonderen Vorkommnisse anlässlich der Schwarz – Blauen Regierung erinnern. Wir (SPÖ und Grüne) haben allerdings dem neuen EZA Gesetz, das im Februar 2002 beschlossen wurde nicht zugestimmt. Argumente waren, dass mit der Einführung der ADA ein großer finanzieller Aufwand, sowie mehr Bürokratisierung auf die NGOs zukommt und finanzielle Mittel den NGOs abhandkommen (was letztlich auch geschehen ist). Außerdem ging man damals davon aus, dass die EZA Mittel durch EU Gesetze auch national wesentlich erhöht werden, auch das ist nicht eingetreten.“<sup>40</sup>*

---

<sup>40</sup> Interview in dieser Arbeit

## 5. Abschließende Analyse und Conclusio

---

Die Thematisierung von Unterentwicklung und Entwicklungspolitik kann im Kontext der österreichischen Sozialdemokratie als Randthema bezeichnet werden. Das Randthema ist dabei in der parlamentarischen wie der innerparteilichen Debatte meist in andere politische Felder eingewoben. Dominante Debatten, welche das Thema EZA inkludieren, sind dabei Neutralität und Sicherheit sowie Europäische Integration und Außenpolitik. Die SPÖ als soziales Gebilde orientiert sich selbst an einem kollektiven „Wertekompass“, welcher Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden beinhaltet. Entsprechend erfolgt die innerparteiliche Thematisierung auf Parteitage mit dem entsprechenden Verweis auf diesen „ideologisch-moralischen“ Kompass. In ihrem Grundsatzprogramm von 1998 verweist die Partei auf die internationale Solidarität und die verstärkte Integration Europas als Wertigkeiten, welche den Ausgleich zwischen den reichen und armen Staaten erzielen könnten. Als Instrument des Ausgleichs wird außerdem eine neue, faire Organisation des Welthandels verlangt. Durch die Integration in den Welthandel, bei entsprechender Neuordnung der internationalen Verhältnisse, würde sich auch der Wohlstand in den ärmeren Nationen vermehren.

Gleichzeitig bekennt sich die Partei zur EZA als wichtigem Instrument, um einen Ausgleich zwischen den Nationen zu erzielen. Entwicklungspolitik wird dabei wiederum mit „internationaler Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ legitimiert. Die SPÖ bekennt sich in ihrem Programm von 1997 zur freien Marktwirtschaft. Im Kontext des Zusammenbruches des Ostblocks formuliert sie ihr Verhältnis zu „Staat und Marktwirtschaft“ neu. Der Staat wird dabei nicht mehr als direkter wirtschaftlicher Akteur (z.B. über verstaatlichte Betriebe) gesehen, sondern vielmehr als eine Kraft, welche Infrastruktur zu Verfügung stellt, die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Wettbewerbs (z.B. Arbeitslosigkeit) abfedert und den juristischen Rahmen für wirtschaftliche Prozesse formuliert. Nur 12 Anträge der gesichteten Antragsmappen für die Bundesparteitage der österreichischen Sozialdemokratie enthielten Verweise auf die Thematik der EZA. In den meisten Fällen wurde die EZA im Kontext der europäischen Integration („Österreich muss zum europäischen Schnitt der EZA Mittel aufholen“) oder der österreichischen Außenpolitik („EZA als präventive Sicherheitspolitik, bzw. Neutralitätspolitik“) genannt. Nur zwei Anträge beschäftigen sich ausdrücklich und ausschließlich mit der Thematik der EZA. Zu den gestellten Anträgen gab es keine nennenswerten Wortmeldungen, dementsprechend verfestigt sich das Bild der EZA als Randthema innerhalb der SPÖ.

In der parlamentarischen Debatte, verwiesen einige Abgeordnete auf den präventiven Charakter von EZA. Durch Entwicklungszusammenarbeit würde Österreich gegenüber Problemen wie globalen Migrationsströmen oder Terrorismus abgesichert. EZA als Instrument

der Sicherheitspolitik wird somit vielfach in der parlamentarischen Debatte als Möglichkeit der Rechtfertigung genutzt. Dies kann auch als Fortsetzung der innerparteilichen Diskurse zu EZA gesehen werden: EZA als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik eines neutralen Staates. Neben dem Aspekt der EZA als Beitrag zu einer präventiven Sicherheitspolitik werden aber auch die Dynamiken der Weltwirtschaft beschworen. Durch internationale Vereinigungen wie die WTO würden die unterentwickelten Staaten vom liberalisierten Welthandel profitieren.

Außerdem müsste die Privatwirtschaft als entwicklungspolitischer Akteur stärker in die staatlichen Bemühungen integriert werden. Die wirtschaftliche Dynamik der EZA als mögliche Förderung von zukünftigen Handelspartnern für die österreichische Wirtschaft wird dabei genutzt, um die österreichische EZA Politik zu legitimieren. Besonders in der Debatte um den Schuldennachlass für unterentwickelte Staaten wird die Argumentation der wirtschaftlichen Vernunft vorgebracht. Es ist vernünftig auf Schulden gegenüber Staaten der Dritten Welt zu verzichten, um im Prozess der fortschreitenden Globalisierung zukünftige Absatzmärkte gewinnen zu können. Deutlich zeigt sich hier eine sicherheitspolitische und zugleich wirtschaftspolitische Legitimierung.

Im Vergleich zu den Formulierungen des Grundsatzprogrammes kann Solidarität nicht als Wert an sich beschrieben werden, sondern als Instrument zu beidseitigem Nutzen. Man ist nicht solidarisch der Solidarität wegen, sondern wegen eines konkreten, zukünftigen Nutzens. EZA wird als Investition verstanden, welche zukünftig Rendite abwerfen kann. Im Kontext des Grundsatzprogrammes, welches das Verhältnis von Staat und Markt neu bewertet, kann auch die Thematik der „EZA und Privatwirtschaft“ als Fortsetzung der innerparteilichen Debatten gesehen werden. Zeitgleich existiert jedoch auch ein zweiter Strang der Thematisierung von (internationaler) Solidarität, nämlich der Solidarität als Instrument einer herrschaftskritischen Debatte. Der Verzicht auf Schulden der unterentwickelten Staaten stellt somit einen „Ausgleich“ zu den (neo)kolonialen Ausbeutungsmechanismen dar. Besonders im Vergleich der Realpolitik mit den theoretischen Debatten innerhalb der Partei, aber auch mit der parlamentarischen Argumentation, muss trotz sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung betont werden, dass die finanziellen Zusagen Österreichs (z.B. 0,7% des BIP für EZA Maßnahmen) nicht erreicht wurden. Im Zusammenhang mit den Konsolidierungsbestrebungen der 1990er Jahre lassen sich auch Bemühungen erkennen, die entsprechenden Ausgaben für EZA durch effizientere Strukturen zu senken. Auch dies bestätigt wieder die Charakterisierung der Entwicklungspolitik als Randthema. Im parlamentarischen Diskurs zeigt sich darüber hinaus, dass die unterschiedlichen „Stränge“ der sozialdemokratischen Argumentation EZA betreffend anderen, „höheren“, Zielen untergeordnet werden. Die Abgeordneten übernehmen Rollen, welche von Angriff und Verteidigung von Regierungspolitik gekennzeichnet sind; Inhalte betreffend globale Entwicklung und EZA haben dabei keinen Vorrang.

Als abschließende Antwort auf die Fragestellung dieser Arbeit kann betont werden: einerseits lassen sich realpolitische Debatte direkt mit den innerparteilichen Debatten und ideologisch-moralischen Werten verknüpfen. Dies bedeutet, die sozialdemokratische Politik basiert in Bezug auf EZA direkt auf dem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm. Dieses Grundsatzprogramm spiegelt dabei ideologisch-moralische Veränderungen im Kontext des Zusammenbruchs des Kommunismus wider. Das neue Verhältnis zwischen Staat und Markt zeigt sich somit in der grundsätzlichen Orientierung der Partei wie auch in der argumentativen Rechtfertigung von EZA Maßnahmen.

## 6. Literatur- und Quellenverzeichnis

---

Antragsmappen der SPÖ für Bundesparteitage 1991, 1993, 1997, 2000, Parteiarchiv der SPÖ beim Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung

Bericht(e) der SPÖ für die Bundesparteitage 1991, 1993, 1997, 2003, Parteiarchiv der SPÖ beim Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vranitzky, Franz (1991): Referat am Parteitag(Abschrift), Parteiarchiv der SPÖ beim Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung

Hödl, Gerald (2004): Österreich und die dritte Welt- Außen und Entwicklungspolitik in der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt, 1995, Wien: ProMedia Verlag

Homepage der SPÖ, Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik,  
<https://spoe.at/page/arge-entwicklungspolitik>[18.8.2016]

Homepage der Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr,  
<http://petrabayr.at/netzwerk/arge-entwicklungspolitik-der-spoe/>[18.8.2016]

Grundsatzprogramm der SPÖ 1998, abgerufen unter:  
[https://spoe.at/sites/default/files/das\\_spoe\\_parteiprogramm.pdf](https://spoe.at/sites/default/files/das_spoe_parteiprogramm.pdf)[12.1.2016]

Orischnig, Tobias (2008): Die zwanzig Stigmata der österreichischen Entwicklungspolitik in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2, Jahrgang 34, pp. 255-260

International Union of Socialist Youth (IUSY), <http://www.iusy.org/ourhistory/>  
[12.12.2015]

Parlamentskorrespondenz 172(1998): Bericht: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 1994-1996  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_1998/PK0172/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_1998/PK0172/index.shtml) [12.2.2016]

Schmidt, Egmont (2010): Die Konflikte innerhalb der großen Koalition 1986-2000, Wien: Dissertation Universität Wien.

UN-Resolution 3362: Development and international economic co-operation,  
<http://www.un-documents.net/s7r3362.htm>[12.4.2016]

### Stenographische Protokolle des Parlaments:

49. Sitzung des NR, Wahlperiode XVIII, S. 97-101/Stenographisches Protokoll,  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ\\_00049/imfname\\_142052.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ_00049/imfname_142052.pdf)[12.2.2016]

171. Sitzung des NR, Wahlperiode XVIII, S. 248-249/Stenographisches Protokoll,  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ\\_00171/imfname\\_142594.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ_00171/imfname_142594.pdf)[12.2.2016]
64. Sitzung des NR, Wahlperiode XXI, S.145-147/Stenographisches Protokoll  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/NRSITZ/NRSITZ\\_00064/SEITE\\_0145.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/NRSITZ/NRSITZ_00064/SEITE_0145.html)[12.2.2016]
- 95.Sitzung des NR, Wahlperiode XXI , S.97/Stenographisches Protokoll,  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/NRSITZ/NRSITZ\\_00095/fname\\_114545.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/NRSITZ/NRSITZ_00095/fname_114545.pdf)[12.2.2016]
28. Sitzung des NR, Wahlperiode XXII, S.197-199/Stenographisches Protokoll  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/NRSITZ/NRSITZ\\_00028/SEITE\\_0197.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/NRSITZ/NRSITZ_00028/SEITE_0197.html)[12.3.2016]
646. Sitzung des österreichischen Bundesrates,S.72-75/Stenographisches Protokoll(1998),  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ\\_00646/fname\\_113633.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00646/fname_113633.pdf)[12.2.2016]
- 685.Sitzung des österreichischen Bundesrates,S.98-104/Stenographisches Protokoll(2003),  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ\\_00685/fname\\_113967.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00685/fname_113967.pdf)[12.1.2016]
- 699.Sitzung des österreichischen Bundesrates,S.78-84/Stenographisches Protokoll(2000),  
[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ\\_00699/fname\\_008665.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00699/fname_008665.pdf)[14.1.2016]



### **Interview mit Inge Jäger: Nationalrätin a.D, Entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ (1996-2002), derzeit Vorsitzende des Vereins „Südwind“, ehemalige Trainerin in der Erwachsenenbildung und Kindergärtnerin<sup>41</sup>**

1) Wie würdest du die "Besonderheit" sozialdemokratischer Entwicklungspolitik definieren? Was unterscheidet die Sozialdemokratie hier von anderen Parteien?

*Ich denke, dass im Vergleich zu konservativen Parteien die Sozialdemokratie Entwicklungspolitik nicht nur als caritative Tätigkeit sieht, sondern die Bekämpfung der extremen Armut insbesondere im Südlichen Afrika, als wichtige Voraussetzung für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem versteht. Es geht eine faire Verteilung der Ressourcen für alle Menschen. Es geht eben nicht nur um finanzielle Zuwendung im Rahmen von EZA Projekten, sondern um eine kohärente Politik in den Bereichen Landwirtschaftsexporte, Waffenexporte, Technologietransfer, faire Handelsbeziehungen, vor allem im Rohstoffbereich usw.*

2) Die Sozialdemokratie beruft sich auf den Wert der internationalen Solidarität, wie würdest du diesen definieren und welche Rolle spielt er in der Partei?

*Internationale Solidarität war zwar immer ein wichtiger Wert der Sozialdemokratie, allerdings war die Realpolitik in Europa in den 1990er Jahren geprägt von europäischen und nationalen Wirtschaftsinteressen. Ich bedaure sehr, dass die „Sozialistische Internationale“ als Organisation in den letzten Jahren sehr an Wert verloren hat, zum Teil durch schlechtes Management (Generalsekretär), aber auch, weil die nationalen sozialdemokratischen Vorsitzenden die Möglichkeit dieser weltweiten Vernetzung zu wenig wahrnehmen. Außerdem sind die europäischen Parteivorsitzenden vor allem mit europäischen Koordinationsaufgaben beschäftigt (was auch sehr wichtig ist).*

3) Der Beobachtungszeitraum von 1990-2005 meiner Arbeit ist gekennzeichnet von massiven globalen Umbrüchen (Ende des Kommunismus in Osteuropa) aber auch von politischer Neuorientierung (große Koalition, EU-Beitritt) wie hat sich dies deiner Meinung nach auf die Entwicklungshilfepolitik Österreichs aber auch der SPÖ ausgewirkt?

*Einerseits hat man gehofft, dass es mit dem Ende des Kalten Krieges zu einer globalen Abrüstung kommt (Ende des Bedrohungspotenziales) und die frei werdenden Mittel für die Armutsbekämpfung der ärmsten Länder zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Thema war die globale Bedrohung durch die menschengemachte Klimaveränderung*

---

<sup>41</sup> Interview per Email

(Brundtland-Report 1987 und UN Klimakonferenz in Rio 1992). Hauptsächlich diskutiert wurden Konzepte nachhaltiger Entwicklung (sustainable development). Eine Hauptursache der globalen Probleme wurde in den nicht nachhaltigen Produktionsformen und Konsumformen des Nordens gesehen. Überhaupt waren zu Beginn der 90er Jahre alle wichtigen entwicklungspolitischen Themen auf dem Tisch. Die folgenden UN Weltkonferenzen untermauerten den auf Rechtsansprüchen basierenden Entwicklungsansatz.

Die Wiener Menschenrechtskonferenz 1995, betonte die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, der Weltsozialgipfel im selben Jahr in Kopenhagen unterstrich die sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Die Weltfrauenkonferenz in Peking im selben Jahr die Gleichstellung von Mann und Frau als Menschenrecht und der Welternährungsgipfel 1996 unterstrich das Recht aller Menschen auf Nahrung und ein Leben frei von Hunger. Alle wesentlichen inhaltlichen Anliegen zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Süden wurden bei diesen Konferenzen formuliert. Sie waren Grundlagen unserer sozialdemokratischen Forderungen im Bereich Entwicklungspolitik. Durchgesetzt haben sich allerdings die Interessen der Industrieländer und die 1990er Jahre sind geprägt von neoliberalen Entwicklungsansätzen wie sie von Weltbank und Weltwährungsfond propagiert wurden.

Synonym für diesen Trend stand der Washington Consensus, wirtschaftliche Stabilität und Wachstum, die Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung. Es war auch schon zu Beginn der 90er Jahre das Thema Migration aus Afrika und die damit verbundene Herausforderung für Europa ein großes Thema. Vor allem die SPÖ Abgeordnete Waltraud Schütz und dann später auch ich haben auf diese Problematik hingewiesen. (Jugend in Afrika ohne wirtschaftliche Perspektive wird sich auf den Weg nach Europa machen).

Möchte darauf hinweisen, dass die EZA-Mittel am höchsten während der Amtszeit der SPÖ Staatssekretäre Peter Jankowitsch (17.Dez.1990- 3.April 1992) und Brigitte Ederer (3.April 1992-1995) waren, beide waren für EZA zuständig. Schwierig für die SPÖ war natürlich, dass die Außenminister von der ÖVP gestellt wurden. Möchte aber darauf verweisen, dass die Zusammenarbeit mit den zuständigen Beamten, z.B. Botschafter Dr. Georg Lennkh sehr hilfreich und Positiv war. Der Beitritt zur Europäischen Union brachte für viele NGOs Probleme, weil man plötzlich darauf verwiesen wurde sich Subventionen in Brüssel zu organisieren, dies allerdings erhebliche Eigenmittel, die die Organisationen zum Teil nicht hatten, voraussetzten. Dies war für das Nord Süd Institut neben anderen Problemen der Niedergang. Auf der anderen Seite eröffneten sich natürlich dann auch durch die EU für NGOs andere Kooperationen und Subventionen.

4) Mit dem Regierungswechsel 2000 übernahm eine schwarz-blaue Regierung die Macht. Hat sich dies auf die EZA Politik der SPÖ ausgewirkt? Welche Debatten gab es hier um die Einführung der ADA bzw. der EZA Novelle? Kam es durch die Oppositionsrolle zu einem neuen Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit?

*Im Bereich EZA kann ich mich an keine besonderen Vorkommnisse anlässlich der Schwarz – Blauen Regierung erinnern. Wir (SPÖ und Grüne) haben allerdings dem neuen EZA Gesetz, das im Februar 2002 beschlossen wurde nicht zugestimmt. Argumente waren, dass mit der Einführung der ADA ein großer finanzieller Aufwand, sowie mehr Bürokratisierung auf die NGOs zukommt und finanzielle Mittel den NGOs abhandkommen (was letztlich auch geschehen ist). Außerdem ging man damals davon aus, dass die EZA Mittel durch EU Gesetze auch national wesentlich erhöht werden, auch das ist nicht eingetreten.*

5) In meiner bisherigen Arbeit beobachte ich innerhalb der SPÖ 2 verschiedene Argumentationsstränge bzgl. der EZA, einerseits EZA ermöglicht für Österreichische Unternehmen neue Exportmärkte zu erschließen, andererseits EZA als Prinzipienfrage der internationalen Solidarität. Wie würdest du diese Analyse kommentieren? Oder greift diese zu kurz?

*Zu Punkt 5 deiner Anfrage kann ich wenig sagen, grundsätzlich ist das Thema EZA und Unternehmensförderung ein ÖVP Thema und Politik der ADA in den letzten Jahren. Natürlich ist wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklungsländer wichtig, ich finde hier gerade den Fairen Handel als förderungswürdig. Nachhaltige Konzepte der Förderungen sind ein eigenes Thema, da muss ich länger Zeit für eine Antwort haben.*

6) Wie hat sich deiner Meinung nach im Zeitraum zwischen 1990-2005 die EZA Politik Österreichs hinsichtlich der europäischen EZA Politik verändert? Welche Rolle hat dabei Österreich gespielt? Gab es hierbei einen Unterschied zwischen der rot-schwarzen und der blau-schwarzen Regierung?

*Durch den EU-Beitritt, bzw. in Vorbereitung des EU Beitrittes wurden in Österreich die Schwerpunktländer Definiert (weg von vielen kleinen Projekten in verschiedenen Ländern) und Österreichs Beamte haben sich auf Europäischer Ebene in die Diskussion eingebracht (Forderung nach Politikkohärenz und Erhöhung der EZA Mittel) bzgl. Unterschiede zwischen rot-schwarz und blau-schwarz kann ich nicht wirklich Antwort geben.*

## **Interview mit Albrecht Konecny: Nationalrat und Bundesrat a.D., internationaler Sekretär der SPÖ a.D., von 1979 bis 1986 Herausgeber und Geschäftsführer der Neuen Arbeiter Zeitung<sup>42</sup>**

1) Die SPÖ beruft sich auf den Wert der internationalen Solidarität (z.B. Grundsatzprogramm 1998) als Leitbild für ihr außenpolitisches Agieren. Dieses Leitbild dient dabei oftmals auch als Grundlage für entwicklungspolitische Ansätze, gerät jedoch immer wieder in Widerspruch zur realpolitischen Argumentation. Entwicklungszusammenarbeit wird dabei oftmals als möglicher "Türöffner" für ökonomische Interessen Österreichs. Wie würden Sie das Verhältnis zwischen dem Grundwert der internationalen Solidarität und der tatsächlichen sozialdemokratischen Realpolitik einschätzen?

*In den 70er-Jahren gab es ein durchaus lebendiges System der Entwicklungshilfe, die von der Regierung nicht gesteuert, aber wesentlich unterstützt wurde. Ein Gremium aller Hilfsorganisationen – wobei die katholischen deutlich dominierten – hatte ein entscheidendes Wort bei der Zuteilung von Mitteln mitzureden. Bemerkenswert war auch die Schaffung des "Wiener Instituts" (von Kreisky zusammen mit einigen seinen internationalen Freunde gegründet) lieferte vor allem wissenschaftliche Grundlagen für eine zielgerichtete Entwicklungspolitik. Österreichische ökonomische Interessen spielten dabei keine Rolle. Bemerkenswert war auch die Unterstützung von Staaten, die gerade ihre Diktaturen abgeschüttelt hatten (Nicaragua, später Chile und Angola), wobei hier sozialdemokratische Gruppierungen die zentrale Rolle übernahmen. Ein Einschnitt war die spätere Festlegung auf "Schwerpunktländer" – gerade dabei kamen die ökonomischen Interessen massiv zum Durchbruch. Der weitgehende Ausschluss der Hilfsorganisationen im Rahmen der "Verstaatlichung" der Entwicklungshilfe trug dazu entscheidend bei. Ebenso die permanente Verringerung der eingesetzten staatlichen Mittel. Was dabei – auch durch die finanzielle Notlage der SPÖ bedingt – unter die Räder kam, war das Element der internationalen Solidarität.*

2) Die SPÖ kann auf eine lange Geschichte der relativen aktiven Außenpolitik zurückblicken, besonders unter Kreiskys Kanzlerschaft konnte Österreich als neutrales Land außenpolitisch sehr viel bewegen. Wie hat sich der "Zugang" der Sozialdemokratie zum Thema Außenpolitik im zeitlichen Verlauf verändert (Stichwort "Verlust" des Außenministeriums an die ÖVP)? Welche Rolle spielte hier die die Debatte um die EU-Mitgliedschaft (bzw. deren praktische Vorbereitung)? Gab es ihrer Meinung nach auch im Bereich der Entwicklungshilfe eine Veränderung?

*Nicht allein die damals noch relevante Neutralität, sondern vor allem Kreiskys Netzwerk von internationalen Freunden ermöglichte selbständige Initiativen, wie etwa jene zugunsten der PLO. Dass Kreisky die kampflose Übergabe des Außenministeriums zu, An-*

---

<sup>42</sup> Interview per Email

*lass nahm, den Ehrenvorsitz in der SPÖ zornig zurückzulegen, sagt alles darüber, wie dieser Schritt zu beurteilen ist. Das betraf freilich nur am Rande die Entwicklungshilfe, die ja für diese zuständig war und ist.*

*Die Sonderrolle Österreichs wurde natürlich durch den EU-Beitritt weitestgehend eliminiert. Und die Partner von einst (Brandt etc.) wurden halt durch Blair, Schröder und Konsorten ersetzt, gegenüber denen sich die SPÖ immerhin sehr zurückhaltend verhielt.*

3) Kuba kann als Beispiel der Rebellion eines südlichen Staates gegen die Dominanz des europäisch-amerikanischen Kolonialismus (bzw. Imperialismus) gesehen werden. Seit der kubanischen Revolution haben zahlreiche Vertreter aus dem sozialdemokratischen Lager in Österreich offen ihre Solidarität bekundet. Mit dem Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks kam auch Kuba unter massiven ökonomischen wie politischen Druck seinen sozialistischen Kurs zu verlassen. Im Kontext dieses Zusammenbruchs des kommunistischen Blockes, wie haben sich die Debatten innerhalb der sozialdemokratisch geprägten Solidaritätsszene verändert (bzw. haben sie sich verändert?). War Kuba noch ein Thema, bzw. wurde es wieder um Thema?

*Cuba hat in alle diesen Phasen SPÖ-intern eine Rolle gespielt, wobei es sich nicht um eine "Politik" der SPÖ handelte, sondern um Haltungen zahlreicher (und auch wichtiger) SPÖ-Politiker. Gerade nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde Cuba wieder in verstärktem Maße zu einem Thema für viele SPÖ-Mandatare. Allerdings ist anzumerken, dass in den 90er-Jahren der Focus der SPÖ sich vor allem, auf die osteuropäischen Staaten richtete, wo die SPÖ finanziell und personell viel zum Entstehen sozialdemokratischer oder "gewendeter" ex-kommunistischer Parteien beitrug.*

4) In ihrer ehemaligen Tätigkeit als internationaler Sekretär würde mich die "Wendung ehemaliger kommunistischer Parteien" noch sehr interessieren. Könnten Sie mir vielleicht noch kurz schildern, welche Rolle die SPÖ beim Aufbau sozialdemokratischer Parteien in Osteuropa spielte? Welche Formen, Strukturen und Methoden gab es bei der Unterstützung der neuen sozialdemokratischen Parteien?

*Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hat die SPÖ die Etablierung sozialdemokratischer Parteien forciert. Das gelang in der Tschechoslowakei recht gut, auch wenn die historisch gut etablierte CSSD erst nach der Übernahme des Vorsitzes durch Milos Zeman stärkste Partei wurde. Die SPÖ hat dazu einen 1-Millionen-Schilling-Kredit der Bank Austria beigesteuert, der erst viele Jahre später von der CSSD zurückgezahlt wurde. Außerdem gab es zahlreiche Städtepartnerschaften: Ich habe selbst S 20.000 von der SPÖ-St.Pölten nach Brünn gebracht (was natürlich illegale war).*

*Schwieriger war dies in der Slowakei, wo schon in der ersten Republik die CSSD nur eine Randerscheinung war. Mit Dubcek an der Spitze hätte diese Partei vielleicht eine Chance gehabt, sein Tod (oder: seine Ermordung) hat das obsolet gemacht. Auch die slowakische KP orientierte sich sehr bald an der Sozialdemokratie, wurde aber durch ständig neue*

*Vorsitzende und mehrere Spaltungen immer unbedeutender. Der aus der KP kommende Robert Fico brachte mit seiner neuen Smer-Partei eine neue Kraft zustande, die letztlich auch die kleinen Reste der anderen Linksparteien "inhalierte".*

*In Slowenien war zwar eine Sozialdemokratische Partei gegründet worden, diese driftete aber schrittweise nach rechts ab. Die slowenische KP orientierte sich sehr rasch und überzeugend an der Sozialdemokratie; die Kontakte zur SPÖ wurden sehr intensiv. Der damalige Parteivorsitzende (und heutige Staatspräsident) Porut Pahor hatte seinen ersten internationalen Auftritt bei einer Tagung der SPÖ-Bundesräte.*

*Ähnlich verlief die Entwicklung in Kroatien, wo die KP bruchlos zur Sozialdemokratie übergang. Dabei spielte die SPÖ eine gewisse Rolle, aus der eine intensive Zusammenarbeit ergab.*

*Sehr viel schwieriger war die Lage in Bosnien-Herzegovina. Hier hatte die KP sich einige Zeit davor in eine linksdemokratische Partei verwandelt, die allerdings mit ihrem Versuch, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten, scheiterte. Aus den Resten dieser Partei wurde eine bosnisch-kroatische sozialdemokratische Partei, die von der SPÖ mit Spenden und der Herstellung internationaler Kontakte unterstützt wurde. Sie gehörte und gehört auch heute zu den großen Parteien dieses Landesteiles. Schwieriger und nicht wirklich erfolgreich war dieser Versuch in der Republika Srpska: Hier hatten die einzigen 2 oppositionellen Abgeordneten des "Parlaments von Pale" die "Unabhängige sozialdemokratische Partei" gegründet, an deren Spitze Milorad Dodik stand (und steht). Hier gab es enge Kontakte, einige Seminare etc. Dodik ist jedoch in den letzten Jahren immer stärker ins nationalistische Lager abgedriftet.*

*In Serbien wurde mit zahlreichen sich an der Sozialdemokratie orientierten "Parteigründern" Kontakt aufgenommen, jedoch konnte sich keiner davon ernsthaft im politischen Spektrum durchsetzen. Die "Demokratische Partei", die zeitweilig auch die Regierung stellte, bekannte sich zwar formal zur Sozialdemokratie, erwies sich aber als extrem korrupt. Lose Kontakte gab es jedoch auch zu der neuen Führung der KP.*

*In Montenegro gab es keine eigenen Initiativen, jedoch freundschaftliche Kontakte zur Sozialdemokratischen Partei, die seit dem Entstehen dieses Staates stets der Regierung angehörte.*

*In Albanien gab es enge Kontakte und eine massive Unterstützung der aus der KP hervorgegangenen SP. Vranitzky besuchte das Land (und die Partei) in einer extremen Krisensituation. Der Kontakt reduzierte sich in dem Maß, in dem diese Partei in zahlreiche Gruppen zerfiel.*

*In Mazedonien bestanden gute Kontakte zur dortigen – ebenfalls aus der KP hervorgegangenen – SP, wobei es zu keine eigenen Initiativen kam.*

*In Rumänien ergab sich nach dem Putsch gegen die Staatsführung insofern eine eigenartige Situation, als die bisherige "Staatspartei" nun zwar die Parteiführung abgeschüttelt hatte, aber faktisch die alten Kräfte an der Macht blieben. Hier gab es intensive Kontakte und "Beratungen", um diese Politiker auf ein demokratisches System einzuschwören. Das gelang halbwegs, was nicht gelang, war die Zurückdrängung der Korruption.*

*Moldawien brachte neben der kommunistischen Partei auch die sozialdemokratische Partei hervor, die kurzzeitig kontaktiert wurde; die Kontakte wurden abgebrochen, nachdem der Parteigründer die Partei an einen Oligarchen verkaufte. Die Kontakte mit der KP blieben auf bescheidenem Niveau.*

*Ein besonderer Fall war Bulgarien, wo es noch im finstersten Kommunismus gute Kontakte zur KP gab. Diese wurden vor allem von Karl Blecha wahrgenommen. Nach der Wende wurde aus der KP die SP, ohne dass sich die entscheidenden Parteiführer wesentlich verändert hätten. Dieser Prozess erfolgte erst einige Jahre später, als eine wesentlich jüngere Generation in die Führungsfunktionen aufrückte. Intensive Wahlkampfhilfe, politische Beratung, gemeinsame Seminare etc. waren der Beitrag der SPÖ zur Etablierung der gewandelten Partei.*

## **Interview mit Walter Posch: Nationalrat a.D., ehemaliger Menschenrechts-sprecher der SPÖ, Direktor des VIDC<sup>43</sup>**

1) Wie würdest du die "Besonderheit" sozialdemokratischer Entwicklungspolitik definieren? Was unterscheidet die Sozialdemokratie hier von anderen Parteien?

*Zur Ersten Frage, gibt es Besonderheiten sozialdemokratischer Entwicklungspolitik. Was sie von den anderen Parteien unterscheidet. Das ist nach meinem Dafürhalten nicht mehr besonders gut erkennbar. Weil Entwicklungspolitik als solche nur die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ macht, die eine kleine Zahl von AnhängerInnen um sich geschart hat. Eine sehr kleine Zahl, sehr überschaubar... Wodurch sie sich in ihrer Besonderheit unterscheidet, kann ich nicht sagen. Ich kann da zwischen den Grünen, der ÖVP und der SPÖ keinen besonderen Unterschied erkennen... Die einzige abgrenzte Unterschiedlichkeit ist jene zur freiheitlichen Partei, die die Entwicklungspolitik abschaffen wollen würde.*

[Zwischenfrage]: Hast du da das Gefühl, dass das mal anders war und sich das quasi verändert hat oder ist es schon immer so gewesen?

*Nein, es war sicher in den Sechzigern, in den Siebzigern bis in die frühen Achtziger hat Entwicklungspolitik sicher einen anderen Stellenwert gehabt. Einerseits in der von der christlichen Soziallehre dominierten ÖVP und logischer Weise in der SPÖ war Entwicklungspolitik der Zugang zur Welt... Stichwort Internationalismus, zu Solidarität und zum Verständnis internationaler Probleme war der Zugang deutlich mehr von Interesse geprägt.*

2) Die Sozialdemokratie beruft sich auf den Wert der internationalen Solidarität, wie würdest du diesen definieren und welche Rolle spielt er in der Partei?

*Man kann sich schnell auf einen Wert als solchen berufen. Stellenwert hat er in der SPÖ gegen Null gehend, das hat sich eindeutig verlagert in Richtung Europapolitik. Ich nehme die SPÖ nicht als eine Partei wahr, die irgendwelche Anliegen verfolgt außer im europäischen Kontext als Appendix der deutschen Europapolitik mitzubestimmen...Hauptsache dabei sein, das ist alles. Über Europa hinausgehende Politiken nehme ich nicht wahr, im Sinne gestaltender Tätigkeit.*

[Zwischenfrage]: Hast du das Gefühl, dass dies einmal anders war? Stichwort Kreiskys Nahost Initiativen.

*Sicher, ganz sicher...Ich würde meinen, nicht nur die Nahost Initiative Kreiskys, die Nahostpolitik aber auch der folgenden Außenminister. Sondern auch die Chile Solidarität, die*

---

<sup>43</sup> Transkript: Interview mit Walter Posch . Fragen wurden dem Interviewpartner vorgelegt. Ein Punkt bedeutet kontinuierlichen Redefluss mit abgeschlossenen Aussagen, Drei Punkte einen zeitlichen Abstand zwischen den Aussagen und Ausrufezeichen besonders „emotionale“ Aussagen.



*es gegeben hat! Immer wieder Solidarität mit verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, auch Afrikas. Es war schon eine andere Zeit und eine andere Politik*

[Zwischenfrage] Also sozialdemokratische Entwicklungs- und Außenpolitik als Phänomen, welches im Beobachtungszeitraum abflacht und schließlich verschwindet? Ist das eine richtige Zusammenfassung?

*In diesem Zeitraum fast nicht mehr vorhanden. Ich habe es selbst auch im außenpolitischen Ausschuss erlebt, bzw. im entwicklungspolitischen Unterausschuss erlebt, die Berichte wurden früher in den Neunzigern öffentlich debattiert, also im Plenum... Wurden dann in den Ausschüssen quasi endgelagert, in den Ausschüssen, welche ja unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Das heißt, man hat dann ein paar Beamte aus dem Außenministerium eingeladen, um dort im entwicklungspolitischen Unterausschuss die Ausschussberichte zu diskutieren und das war es dann... Es hat ein paar interessierte Leute gegeben, ein paar Abgeordnete und die damit betrauten Außenministeriumsbeamte. Das war `s!*

3) In den 1990er Jahren gab es innerhalb der internationalen Sozialdemokratie massive Debatten um die neue Ausrichtung der Bewegung (Stichwort dritter Weg, moderne Sozialdemokratie & New Labour, Schröder-Blair Papier). Haben sich diese Debatten in Österreich auf die sozialdemokratische Realpolitik bzw. innerparteiliche Debatten bzgl. Außenpolitik und Entwicklungshilfepolitik ausgewirkt?

*Also New Labour und dritter Weg der Sozialdemokratie und Auswirkungen auf die sozialdemokratische Realpolitik. Hat sich sicher ausgewirkt, insofern Klima von seiner Art, seiner intellektuellen Verfasstheit und seiner politischen Praxis nahe dran war an Blair, Schröder und Co. Die Auswirkungen auf die Realpolitik der Sozialdemokratie waren natürlich gegeben. In der Klima-Zeit begannen die ersten Privatisierungen noch vor Schlüssel. Und die sozialdemokratische Politik war als solche nicht mehr zu erkennen. Wobei dieser dritte Weg der Sozialdemokratie, der europäischen Sozialdemokratie sowieso mit sozialer Demokratie nichts mehr zu tun hatte. Im englischen Fall hat man es dann deutlicher gesehen. Der Blair war ja noch dazu ein religiöser Eiferer. Ein religiöser Wahnsinniger kann man nicht sagen aber sicher ein religiöser Eiferer, das konnte man auch daran erkennen, dass er mit der ganzen Family zum Katholizismus übergetreten ist und auch seine ganze Politik getrieben war von sektiererischen Eiferertum. Mit Sozialdemokratie, Sozialismus hat das wenig zu tun.*

[Zwischenfrage]: Hier die Zwischenfrage: Ich habe mir hier die Protokolle einiger Plenarsitzungen durchgelesen, mir ist dabei aufgefallen, dass sich in der Sprache etwas verändert hat. So lobt zum Beispiel der SPÖ Abgeordnete Haindl zum Beispiel die Weltbank und WTO, Jahre zuvor war das Wording geprägt von Kritik und Skepsis. Kann man hier das außenpolitische Einschwenken der SPÖ auf den dritten Weg beobachten?

*Naja von den außenpolitischen Belangen hat sich die SPÖ um die Jahrtausendwende verabschiedet. Insofern ist das mit der Weltbank eher weniger der außenpolitischen Veränderung geschuldet, sondern mehr der finanzpolitischen Logik der SPÖ in Zusammenarbeit mit den internationalen Institutionen. Ein positives Bild der Finanzinstitutionen war eher dem Wechsel des finanzpolitischen Paradigmas geschuldet als dem außenpolitischen Paradigma. Bei der Außenpolitik war Österreich nicht mehr vorhanden. Und europäisch gesehen haben Klima, Blair und Schröder diese starke Privatisierungspolitik verfolgt, wobei der Schröder eher noch die Politik mit den Bossen, die enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftschefs verfolgt hat.*

[Zwischenfrage]: „Genosse der Bosse“ war ja Schröders Spitzname

*Genau der „Genosse der Bosse“! Das sind zwar nur Schubladen aber manchmal sehr treffend.*

4) Der Beobachtungszeitraum von 1990-2005 meiner Arbeit ist gekennzeichnet von massiven globalen Umbrüchen (z.B. Ende des Kommunismus in Osteuropa) aber auch von politischer Neuorientierung (große Koalition, EU-Beitritt, etc.). Wie hat sich dies deiner Meinung nach auf die Entwicklungshilfepolitik Österreichs aber auch der SPÖ ausgewirkt?

*Naja, sicher ist, dass es zu Beginn der Neunziger eine starke Orientierung hin zur europäischen Union, die auch im EU Beitritt gegipfelt hat, wo alle relevanten Kräfte daran beteiligt waren. Es war nicht nur ein Anliegen der Regierung, es war auch ein Anliegen der Sozialpartner, die das unisono getragen haben. Auch ich habe das damals unterstützt und war auch im EU Parlament dabei, bei den ersten Parlamentariern ein halbes Jahr dabei. Viele, auch ich, waren beeindruckt von den politischen Möglichkeiten der EU... Und getragen von der politischen Vision der Zusammenarbeit in Europa, was nicht unbedingt einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik bedeuten hätte müssen. Beziehungsweise der internationalen Beziehungen. Man hätte beides machen können. Der Beitritt war sicherlich positiv, aber in der Realität hat es aber diesen Wechsel bewirkt. Einerseits mit dem Maastricht Vertrag eine deutlich neoliberalere Ausrichtung der Europäischen Union. Gleichzeitig ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel, der zu einer stärkeren Integration Österreichs in der EU geführt hat, auf der anderen Seite die neoliberalen Kräfte befeuert hat, also der Gegenseite zur SPÖ und den Gewerkschaften. Und notwendigerweise den Fokus weg von der Entwicklungspolitik verschoben hat, weil man so sehr mit Europa beschäftigt war, dass Entwicklungshilfe kein Thema mehr war... Fast notwendigerweise hat sich das eine aus dem anderen ergeben.*

[Zwischenfrage]: Nach Durchsicht diverser Parteitagsunterlagen, so zum Beispiel den Berichten von Ederer und Jankowitsch kam bei mir das Gefühl auf, die österreichische Entwicklungspolitik sei „unterentwickelt“ und müsse in diesem Bereich zum Kreis der zivilisierten europäischen Länder aufschließen... Damit entsprechend Österreich nicht sein Gesicht in Europa verlöre, die EZA erhöht werden und nicht aus internationaler Solidarität.

*Österreich ist sicherlich kein unterentwickeltes Land..*

[Zwischenfrage]: Sicherlich nicht. Im Sinne, dass Österreichs EZA unterentwickelt ist...

*Die EZA in Österreich war immer am unteren Rand angesiedelt. Die 0,7 Prozent waren immer eher ein Mythos, Österreich war davon immer weit entfernt. Österreich hat sich in den letzten Jahren abseits von Griechenland dabei zum Schlusslicht entwickelt. Der Beitrag ist tendenziell schwächer geworden und ich glaube, dass man in Österreich nicht mal mehr einen „Genierer“ hat. Ich glaube, dass irgendwo in der europäischen Entwicklungspolitischen Community, ganz gleich, ob in der Europäischen Union oder der OECD oder sonst irgendwo, wir dadurch auffällig sind, immer gute Ideen zu haben, aber kein Geld dafür ausgeben zu wollen. Das hat sich seit den Zweitausender Jahren nicht maßgeblich verändert. Gute Vorstellungen, aber wenn es um das Zahlen geht, sind wir dann meist nicht dabei. Und es ist auch kein Zufall, dass immer wieder in entwicklungspolitischen Rahmenplänen, so zum Beispiel den 3-Jahresplänen des Außenministeriums werden die Ziele immer in Etappen angegeben und angestrebt, um sie dann nicht zu erreichen. Dann wird wieder ein neues Ziel vorgegeben. Und paradoxerweise, obwohl Österreichs Bruttoinlandsprodukt sich in den letzten Jahren verdoppelt hat, wir sind quasi doppelt so reich geworden. Die Wirtschaftsdaten sind hervorragend, trotzdem gibt es seit Jahrzehnten immer weniger Mittel für Entwicklungspolitik und das sagt einiges auch über internationale Solidarität aus.*

[Interviewer-Zwischenfrage]: Hier noch eine Zwischenfrage. Obwohl doch viele Nicht-Regierungsorganisationen wie die Volkshilfe oder die Caritas durchaus sehr politisch vernetzt sind. Stichwort rote Volkshilfe und Verbindungen der katholischen Organisationen zur ÖVP.

*Das ist schon richtig, die NGOs spielen hier ihre Rollen. Ich füge mal hinzu, sonst wäre es ja noch schlechter. Diese Watchdog Funktion die diese NGOs haben, ist eine wichtige.. Es gelingt dadurch immer wieder die Regierung unter Druck zu setzen. Es ist ihnen aber auch noch nicht gelungen, den Anteil der Entwicklungshilfe maßgeblich zu erhöhen, was auch mit einem Paradigmenwechsel zu tun hat, dass sich Österreich immer mehr aus der bilateralen Entwicklungshilfe zurückgezogen hat und eher in Richtung internationaler Organisationen orientiert ist. Österreich zahlt zwar brav seinen Beitrag zur Weltbank, aber auch zur EU, da wagt man es nicht säumig zu sein. Dieselben Bemühungen sieht man im EZA Kontext aber nicht, besonders die der frei gestaltbaren, eigenen Entwicklungszusammenarbeit ist deutlich zurückgegangen*

5) Hat sich deiner Meinung nach im Zeitraum zwischen 1990-2005 die EZA Politik Österreichs im Kontext der europäischen EZA Politik verändert? Welche Rolle hat Österreich gespielt? Gab es hierbei einen Unterschied zwischen der rot-schwarzen und der blau-schwarzen Regierung?

*Das ergibt sich aus den bisherigen Antworten irgendwie...Einen Unterschied zwischen der rot-schwarzen und der blau-schwarzen Regierung sehe ich nicht. Ich glaube beiden ist es gleich unwichtig gewesen und andererseits auch in Zeiten der blau-schwarzen Regierung sich im Bereich der Förderungen wenig verändert hat. Es wirkte eigentlich ziemlich gleich...Wirklich etwas geändert hat sich etwas erst mit der Finanzblase 2008 und danach mit der Kürzung der entsprechenden Mitte. Es war eher die große Koalition, welche hier gekürzt hat und nicht blau-schwarz.*

[Zwischenfrage]: Stichwort ADA! Die Formierung der ADA war ja auch durchaus begleitet von kritischen Stimmen. Zu schnell, zu schlampig waren einige der Vorwürfe gegen die neue Institution. Auch du hast meinem Wissen nach die Einrichtung der ADA kritisiert, unter anderem wegen der mangelnden Beteiligung der NGOs. Wie würdest du dies im Rückblick bewerten?

*Naja die ADA war in der blau-schwarzen Regierung gemacht. Der ökonomische Hintergrund war auch die Adaptierung an die Maastricht Kriterien, glaube ich. Und die Ausgliederung der ADA aus dem Budget. Mit der Ausgliederung war sie nicht mehr im Budgetdefizit enthalten. Operativ angedacht, war es sehr optimistisch, diese Ziele haben sich auch nie erfüllt. Und auch derzeit ist es so. Die Geldmittel sind einfach niemals so geflossen, wie sie hätten fließen sollen. Und auch derzeit ist es so, dass sie [Anmerkung: die ADA] mit wenig Mitteln einfach auch wenig tun können, auch wenn sie wollten. Mit diesen lächerlichen 53 oder 57 Millionen, die da frei zur Verfügung stehen. Da kann man nicht besonders viele Projekte machen.*

[Zwischenfrage]: Aufgeteilt auf einige Schwerpunktländer bzw. Regionen

*Das kommt natürlich auch noch erschwerend hinzu. Was jetzt neu ist unter der Ägide der Schwarzen, ist die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik.. Ein starker Paradigmenwechsel hin zu Wirtschaftspartnerschaften und dem Versuch, die Entwicklungspolitik mit der Außenwirtschaft zu verknüpfen. Oder besser Außenwirtschaft als Teil der Entwicklungspolitik zu begreifen. Das ist ein wirklicher Paradigmenwechsel.*